



START ZUR BEWAHRUNG

Eine zusammenfassende Darstellung der
Beratungen und Beschlüsse des Parteitages 1947
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
vom 29. Juni bis 2. Juli in Nürnberg.

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands

Partei-Vorstand
Bücherei

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DER PARTEI-VORSTAND, PRESSE U. PROPAGANDA

Hannover, Odeonstraße 15-16

CL

28483

Inhaltsübersicht

	Seite
Sozialdemokratischer Parteitag 1947	3
Die Partei	5
Die Ostzone	6
Ist die Partei auf dem richtigen Wege?	9
Zur Zeitungsfrage	10
Organisatorische Änderungen	11
Partei Vorstand und Kontrollkommission	12
Die Internationale	12
Nie wieder Krieg	14
Die UdSSR und die ihr hörigen Parteien	14
Die deutsche Reaktion	15
Die reaktionäre Gefahr	16
Die deutsche sozialistische Republik im freien Europa	16
Die sozialistische deutsche Republik	17
Die deutsche Einheit	20
Die deutschen Länder	21
Steuerpolitik und Lastenausgleich	21
Die Selbstverwaltung	21
Sozialistische Wirtschaftspolitik	22
Zur Sozialisierung	25
Sozialistische Landwirtschafts- und Ernährungspolitik	25
Der deutsche Arbeiter	27
Betrieb und Gewerkschaft	28
Keine Mittelstandsfeindschaft	29
Der deutsche Mensch	29
Sozialpolitik	30
Kulturpolitik	30
Kirchenfrage	31
Die Opfer des Faschismus	31
Frauen und Jugend	31
Die Jugend	32
Kriegsgefangene und Kriegsbeschädigte	33
Sorgen um die Ausgewiesenen	33
Der politische Weg der SPD	35

Vorbemerkungen: Nicht jeder hat die Zeit, die Lust und Liebe, die Gelegenheit, das umfangreiche Protokoll dieses bedeutsamen Parteitages zu studieren. Dabei ist es so außerordentlich wichtig, daß die Stimmung des Parteitages und seine wesentlichen Beschlüsse hinausstrahlen bis zum jüngsten Parteilied, möglichst bis zum letzten Deutschen, der in eine harte, politisch und persönlich unerbittliche Gegenwart gestellt wurde. Ihnen allen soll diese kurze Zusammenfassung dienen. Dem politisch Tätigen wird sie eine vorläufige Unterrichtung sein müssen, bis das offizielle Protokoll nach Überwindung der Papiernot gedruckt vorliegen kann.

Nürnberg, am 3. Juli 1947

Alfred E. J.



Mischel-Eber-Stiftung
Bibliothek

PV 11452 A28483

Alle Parteitage der SPD waren in der einen oder anderen Richtung Merksteine der Entwicklung von Organisation und Politik. Nach der Katastrophe von 1933 bis 1945 mußte nach dem Parteitag 1946 in Hannover der Parteitag 1947 in Nürnberg die Blicke weitester Kreise in Deutschland, Europa, ja, der Welt auf sich lenken. Grund genug, um unter Ausnutzung der letzten Möglichkeiten in Aufmachung und Propaganda den Parteitag zu einer Sensation werden zu lassen. Hier aber trennt sich am sichtbarsten die Praxis einer Partei, die von „oben“ gelenkt wird, von jener, die, wie die SPD, von „unten“ regiert wird. Dem großen Prunk insbesondere der SEP-Parteitage in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands stand die betonte Schlichtheit der äußeren Aufmachung des sozialdemokratischen Parteitages in Nürnberg gegenüber.

Eine karge Dekoration vor dem Hauptbahnhof in Form eines geschmückten Fahnenmastes mit den internationalen Fahnen, das Symbol der unbedingten Ablehnung einer jedweden Diktatur und sonst nur noch große Richtungsschilder mit dem Symbolzeichen „SPD“. Aber dieses Symbolzeichen SPD war so eindringlich, so einprägsam, daß es aller Voraussicht nach als das Abzeichen und Symbol der Partei der Partei auch weiterhin in Erscheinung treten wird. (Entworfen von Hans Krieg, Nürnberg.)

Der Genosse Hans Ziegler, Oberbürgermeister der Stadt, sagte kurz und klar: „Nürnberg ist zwar heute eine Stadt der Armut. Aber Nürnberg wird Ihnen zeigen, daß es trotzdem auch eine Stadt der Gastfreundschaft geblieben ist.“

Und Nürnberg war eine Stadt der Gastfreundschaft. Was allein die Unterbringung von fast 1000 Menschen in dem zerbombten und vollgepferchten Nürnberg an Mühe und Opfer kostete, wissen nur die unmittelbar Beteiligten. Aber das war es nicht allein.

Um jeden Nagel, um jeden Reißnagel, um jedes bescheidene Stückchen Material war ein harter Kampf zu führen. Unermeßlich groß waren die Schwierigkeiten bei der Organisation der nicht zu umgehenden Gemeinschaftsverpflegung. Nürnberg hatte keinen Raum mehr, um eine solche große Veranstaltung, wie den Parteitag, aufzunehmen. Ein Behelfs- und Bau, wegen Bedachungsmangel nicht ganz wetterfest, mußte helfen. Seine Primitivität verkleideten improvisierte Dekorationen. Wenn diese trotzdem den feierlichen Rahmen gaben, war es dem Geschick von Leitung und Durchführenden zu verdanken. Handwerksmeister und Gesellen, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, äußerstes Entgegenkommen der beteiligten Dienststellen schafften es schließlich doch.

„Nürnberg hat schon im Jahre 1881 und während der Zeit des Sozialistengesetzes einen sozialdemokratischen Abgeordneten nach Berlin gesandt und ist bis zum heutigen Tage trotz des Hitler-Terrors, trotz Not und Entbehrung eine sozialistische Hochburg geblieben.“ (Hans Ziegler)

In einem Mittelraum, durch ein einfaches Seil abgesperrt, saßen auf schlichten Gartenstühlen an nicht ganz farbecht gestrichenen Gartentischen die stimmberechtigten Delegierten. Auf erhöhtem Podium vor ihnen „thronten“ das Büro des Parteitages, sämtliche Mitglieder des Parteivorstandes und die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen. Im Mittelpunkt der Tagungshalle das einfach aber geschmackvoll dekorierte Rednerpult. Rechts und links von den „Stimmberechtigten“ saßen die „stimmlosen“ Fach- und Gastdelegierten. Im Hintergrund versammelten sich die Tageszuhörer.

In einer sehr einfachen „Erfrischungsbaracke“ fand sich eine Ausstellung von Werbeplakaten, der Partei nahestehenden Buchverlagen und der „Konzentration“.

Es gab für niemanden „Ehrensessel“. Der Parteivorsitzende saß auf eben den gleichen Gartenstühlen wie der Delegierte, der Vertreter der Militärregierung, die Vertreter der internationalen Bruderparteien, die Minister.

Auf Vorschlag von Schmedemann, Hamburg, wählte der Parteitag das Büro des Parteitages:

Gleichberechtigte Vorsitzende: Erich Ollenhauer und Julius Loßmann (Franken); als Schriftführer: Dora Lösche (Ostzone - Groß-Berlin), Anni Krahnstöver (britische Zone - Schleswig-Holstein), Franz Fuchs (amerikanische Zone - Hessen-Frankfurt), Maxim Kuraner (französische Zone - Pfalz).

Besonders herzlich begrüßt wurden der „alte“ Vorwärts-Redakteur Friedrich Stampfer, der aus New York kam, und der „alte“ Volksbeauftragte und Parteivorstandskämpfer Robert Dittmann, aus Zürich kommend. Einen herzlichen Empfang fanden auch die anderen Emigranten, wie Ernst Paul und Kurt Heinig aus Schweden, Karl Rowold und Karla Gehrke aus Dänemark, Max Cohen-Reuß aus Frankreich und manche andere, für welche Wilhelm Sander, der die Delegation aus England führte, sagen konnte:

„Ich brauche nicht zu unterstreichen, daß die Entfernung uns nicht hindert, ... Immer und überall, wo wir auch sind und arbeiten, uns als Brücke zu betrachten zwischen der Heimat und Euch und Euren Interessen und Forderungen und den Brüdern und Genossen draußen in anderen Ländern.“

Es gab für die Teilnehmer angespannte Geistesarbeit in brütender Hitze. Mancher mußte der herrlichen Begrüßungsarbeit der Stadt Nürnberg, der Aufführung der Beethovenschen „Neunten“, aus Müdigkeit fernbleiben, die als einzige ablenkende Erholung mit starker Besetzung im Orchester und Chor unter der Stabführung von Musikdirektor Wolf Agop geboten wurde.

Mit Stolz konnte der fast einstimmig wiedergewählte Vorsitzende der Partei, Kurt Schumacher, am Abschluß der Tagung feststellen:

„Heute war das Positive in der Kritik, daß jedesmal, wenn auf einen Mißstand hingewiesen wurde, auch zu gleicher Zeit die Methoden der sozialdemokratischen Politik zu ihrer Überwindung aufgezeigt wurden. Solche Kritik ist sinnvoll und ein Beitrag für die Bildung eines Gesamttrisses der Partei.“

Daraus zog der mit nicht viel geringerer Stimmenzahl gewählte zweite Vorsitzende, Erich Ollenhauer, die Folgerung:

„Das Ausland sollte nicht immer suchen, wo in Deutschland demokratische Kräfte leben. Es soll sich die deutsche Sozialdemokratie ansehen. Ist nicht die Art und Weise, wie dieses große Parlament täglich gearbeitet hat, Tage und Nächte, ein glänzender Beweis dafür, daß in dieser Sozialdemokratie die Demokratie nicht nur eine prinzipielle Angelegenheit ist, daß die deutschen Sozialdemokraten in der Lage sind, in demokratischem Geiste frei zu diskutieren und frei zu entscheiden über jedes Problem, das uns gestellt wird? Insofern war dieser Parteitag unzweifelhaft ein Beweis für die Stärke der demokratischen Kräfte, die in der Partei leben.“

Die Partei

Die technische Durchorganisation der Partei ist ein aufreibender Kampf um die einfachsten Voraussetzungen. Fritz Heine gab ein Beispiel:

„Wir haben auch heute aus Mangel an Papier nicht die Möglichkeit, direkte Verbindung mit allen unseren Gliederungen aufzunehmen, und damit überhaupt erst einmal die Voraussetzungen für eine normale Informations- und Propagandarbeit einer Partizentrale zu schaffen.“

Wenn dennoch der Parteikassierer Alfred Nau einen stolzen Bericht geben konnte, mögen nicht nur die Eingeweihten erkennen, welche unsagbar mühevollen Arbeit von unten nach oben und von oben nach unten dahinter verborgen ist:

„Die Partei zählte am 31. Dezember 1946 rund 712 000 Mitglieder. Diese überraschend starke Entwicklung der Mitgliederbewegung hat auch in den hinter uns liegenden Monaten von 1947 angehalten. Am 31. März 1947 betrug die Mitgliederzahl in den Westzonen (einschließlich Berlin) 782 000. Wenn wir uns daran erinnern, daß wir zum Parteitag 1946 in Hannover eine halbe Million Mitglieder noch nicht erreicht hatten, so ist damit die Größe des Erfolges beschrieben. Innerhalb eines Jahres haben wir 300 000 neue Mitglieder gewonnen. Inzwischen ist ein weiteres Vierteljahr vergangen. Da dieses Quartal erst heute abgeschlossen wurde, haben wir noch keine endgültigen Zahlen über den gegenwärtigen Stand der Mitgliederbewegung. Jedoch beweisen uns die bereits vorliegenden Berichte, daß

mit dem 30. Juni 1947 weit über 800 000 Menschen politisch in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands organisiert

sind. Diese soeben genannten Zahlen werden erst besonders interessant, wenn wir sie mit den Ergebnissen sozialdemokratischer Organisationsarbeit vor 1933 vergleichen. Da das Jahr 1931 mit die besten Ergebnisse in der Arbeit unserer Organisation brachte, eignet sich zweifellos 1931 besonders gut für solche Gegenüberstellungen. Gegenüber 1931 mit 602 000 Mitgliedern in den Gebieten der jetzigen Westzonen betrug der Mitgliedererwerb am 31. März 1947 180 000. Das bedeutet eine Steigerung um 30 Prozent. Selbstverständlich müssen bei solchen Betrachtungen Bevölkerungverschleubungen berücksichtigt werden. Die Westzonen haben einige Millionen Flüchtlinge aufnehmen müssen. Aber das Anwachsen der Partei ist weitaus stärker und größer als der prozentuale Zugang der Bevölkerung. In diesem Zusammenhang darf ich noch einmal auf den Kieler Parteitag 1927 aufmerksam machen. Damals berichtete Konrad Ludwig über 824 000 Mitglieder im gesamten damaligen Reichsgebiet. Wenn ich nun hier vor dem Nürnberger Parteitag berichten kann, daß mit dem 30. Juni 1947 diese Zahl allein in den Westzonen nicht nur eingeholt, sondern überschritten ist, dann ist das der stärkste Beweis für unsere Feststellung, daß die Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine überraschend starke Aufwärtsentwicklung genommen hat.

Ergänzend füge ich hinzu, daß am 1. April 1946 in der russisch besetzten Zone ohne Berlin 550 000 organisierte Sozialdemokraten vorhanden waren.“

Der Kraftquell der Partei und damit der von ihr verfolgten politischen Ziele sind die Funktionäre. Unter starkem Beifall stellte Fritz Heine fest:

„Was aber mit den Deutschen wird, ob wir eine demokratische sozialistische Republik schaffen und erhalten, das wird zu einem sehr wesentlichen Teil von den unbekannteren Männern und Frauen entschieden, die als Funktionäre der Sozialdemokratie ihre ganze Kraft hergeben, weil sie glauben und wissen, daß sie damit für das Recht und die Wahrheit kämpfen.“

Zöllig, Düsseldorf, stellte ergänzend mit nicht geringem Beifall fest:

„Der Weg in die Vertrauensstellung muß über die Kleinarbeit führen. Es muß den jungen Genossen zum Bewußtsein gebracht werden, daß jemand nur dann in einer Vertrauensstellung wirksam sein kann, wenn er sich in der Kleinarbeit das notwendige Vertrauen der Gesamtmitgliedschaft erworben hat.“

Der Bedeutung der Funktionäre entsprechend war aber auch die Kritik an ihnen, wie die von Erwin Stein, Rheinpfalz:

„Allenthalben wird gesagt, man sollte nicht dort anfangen, wo wir 1933 aufgehört haben. Unter denen, die das sagen, gibt es leider viele, die in den veralteten Methoden der Agitation und Werbung weiterfahren, ohne es zu merken. Sie glauben, es genüge, wenn alle drei Monate eine Mitgliederversammlung und alle acht Wochen eine Ausschußsitzung stattfindet und daß man öffentliche Versammlungen nur in Zeiten des Wahlkampfes durchführen solle. Es ist am Platze, durch Belehrung hier einen Wandel der Ansichten herbeizuführen und den Zurückgebliebenen einen anderen Rhythmus des Organisationslebens beizubringen.“

Der junge Heinz Mehnert aus Hannover fügte hinzu:

„Wir glauben, daß ein Teil der Funktionäre sich allzusehr in Selbstzufriedenheit gefällt.“

Aber auch von höherer Warte wurde gewarnt:

„Mit dem Gang der Entwicklung innerhalb der Partei sind wir durchaus nicht zufrieden. Es läßt sich schon an manchen Stellen zuviel von der Selbstzufriedenheit mancher gehobenen Funktionäre spüren. (Lebhafter Beifall.) Und Selbstzufriedenheit ist nicht so sehr gesellschaftlich ein Hemmnis der Entwicklung. Es ist eine Blinde vor den Augen für die politischen Gefahren, die heranwachsen.“ (Zustimmung und Beifall.) (Kurt Schumacher)

Das führte dazu, daß der Antrag des Ortsvereins Dortmund-Eichlinghofen vom Parteitag einstimmig angenommen wurde.

Der Parteitag beschließt, daß der Aufbau des Funktionärkörpers auf allen Gebieten auf breiter Grundlage vorgenommen wird.

Die Vereinigung zu vieler Funktionen in einer Hand führt dazu, daß die gestellten Aufgaben nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit und Energie bearbeitet und durchgeführt werden. Den jungen Genossen ist unter allen Umständen genügende Beteiligung zu sichern, damit sie in die zukünftigen Aufgaben hineinwachsen können. Niemandem sollen mehr Funktionen übertragen werden, als er sachlich und persönlich zu bewältigen imstande ist. Persönlicher Ehrgeiz muß unter allen Umständen ausgeschaltet werden. Nur ein Funktionärkörper auf breiter Grundlage bietet die Gewähr dafür, daß unsere Idee am nachhaltigsten in die Massen des Volkes hineingetragen wird.

Die Ostzone

Wie ein Schatten lag das Fehlen der offiziellen Delegationen aus dem sowjetisch besetzten Teile Deutschlands über der Tagung. Bewegt hörten die Konferenzteilnehmer die Verkündung eines Fernschreibens:

Eure Genossen aus Sachsen wünschen Euch vollen Erfolg und hoffen, bald in Euren Reihen mitkämpfen zu können für die wahre Demokratie und den Sozialismus.

Die illegale SPD in Dresden.

Franz Neumann, der Vorsitzende des auf der Tagung neu aufgenommenen Parteibezirks Groß-Berlin, konnte folgende Begrüßungsadresse bekanntgeben:

Das schaffende Volk der gesamten Ostzone grüßt mit Stolz und Zuversicht den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Nürnberg. Wir erblicken in der Sozialdemokratie die einzige politische und moralische Kraftquelle der wahrhaften Demokratisierung Deutschlands.

Die großen gesellschaftlichen Umwälzungen, die sich in der ganzen Welt vollziehen, zeigen, daß der Gedanke des Sozialismus lebendiger ist denn je. Untrennbar ist mit ihm verbunden die echte Demokratie, zu der unabdingbar die Wahrung der Menschenwürde und Menschenfreiheit gehört.

Jede Politik, die diese hohen Güter der Menschheit mißachtet, muß unweigerlich zu einer neuen Versklavung der Völker führen:

Wir leben in einer Atmosphäre, in der Willkür, Spitzeltum und Meinungs knechtung als Demokratie bezeichnet werden. Die Einseitiger des Zwangs zusammenschlusses der Arbeiterparteien haben die besten Gefühle der schaffenden Bevölkerung zu einem widerwärtigen politischen Geschäft mißbraucht.

Die Arbeiterschaft Thüringens und Sachsens, seit nahezu einem Jahrhundert Vortrupp der sozialdemokratischen Bewegung, steht neben den anderen Ländern der Ostzone wieder einmal im Kampf um Freiheit und wahren Sozialismus. Noch müssen wir uns der Gewalt beugen, aber die SEP-Diktatoren von heute wissen, daß unser Wille eine politische Kraft ist, die sie eines Tages hinwegfegen wird. Wir sind mit Euch im Geiste verbunden. Keine Schmähungen Eurer Funktionäre, keine kommunistische Hetze in Wort und Schrift kann uns unserer Idee untreu werden lassen.

Wir haben in das Gesicht der Lüge, des Verrats und des Terrors geblickt und haben erkannt, was wir zu erwarten haben, wenn jene Verräter wahren Menschentums ihr Ziel erreichen würden. Wir aber wissen, daß nur die Vereinigung mit der großen deutschen sozialistischen Volksbewegung der Sozialdemokratie auch uns die Befreiung bringen kann. In diesem Kampfe uns eins mit Euch zu wissen, gibt uns die Kraft zum Ausharren. Unser Gruß ist uns Lösung und Bekanntheit. Er war der letzte Gedanke unserer vom Faschismus Gemordeten. Er sei uns Kampfruf bis zur Erreichung unserer großen Ziele.

Stolz bekennen wir uns zu Euch, Genossinnen und Genossen, und geben unserer Hoffnung Ausdruck, daß mit Hilfe des werktätigen Volkes der Ostzone die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die beste Reparationsschuld abstattet, indem sie mitschafft, für die Welt den Frieden für das eigene Volk die Verwirklichung von Sozialismus und Demokratie!

Die sozialdemokratischen Männer und Frauen der Ostzone grüßen den Nürnberger Parteitag, grüßen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, grüßen die Sozialisten in aller Welt mit unserem alten Kampfruf: Freiheit!

Unter demonstrativem Beifall aller gelobte Erich Ollenhauer:

„Unsere Genossen und Genossinnen in der Ostzone sollen wissen, daß wir sie nicht vergessen und daß wir sie nie vergessen werden. Ihr Kampf für die politische Freiheit, für die persönliche Freiheit und Sicherheit ist unser Kampf. Wir werden ihn führen unter allen Bedingungen und ohne Kompromiß und werden ihn gewinnen.“

Der Parteitag war sich seiner Verantwortung bewußt. Er nahm einstimmig einen Antrag der Landesorganisation Hamburg an:

Eine Vertretung aller Deutschen, die sich durch Naziverbrechen nicht selbst von den Rechten des Volkes ausgeschlossen haben, muß sich auf das Mandat dieser deutschen Staatsbürger selber stützen.

Der demokratisch erkennbare Wille der Völker wird in allen demokratischen Staaten der Welt durch Wahlen für politische Parteien gebildet. Es müssen daher auch in Deutschland in allen Zonen freie Wahlen unter gleichen Voraussetzungen durchgeführt werden.

In der Ostzone Deutschlands steht die SPD jedoch immer noch unter Verbot! Hunderttausende ihrer ehemaligen Mitglieder und Wähler wurden, um überhaupt ihr Wahlrecht ausüben zu können, durch das Verbot der SPD gezwungen, ihre Stimmen anderen Parteien zu geben.

Eine echte Willensbildung des Volkes, auf die sich eine gesamtdeutsche Vertretung stützen muß, setzt daher auch eine freie, von allen Besatzungsmächten und innerpolitischen Machteinflüssen unabhängige und selbständige Sozialdemokratische Partei Deutschlands voraus.

Eine bloße „Zulassung“ der SPD in diesem Teile Deutschlands kann diesen Zweck nicht erfüllen. Es müssen vielmehr Garantien aller Kontrollmächte dafür geschaffen werden, daß sich die Bildung der SPD unter den gleichen Bedingungen und Freiheiten vollziehen kann, wie sie in der amerikanischen und britischen Zone für alle zugelassenen Parteien bestehen.

Die Sozialdemokratische Partei kann für alle Zonen nur als einheitliche Reichspartei im Rahmen Gesamtdeutschlands leben und ihre demokratische Wirkung zeigen.

Nur dann, wenn ihr hierzu die Möglichkeit gegeben und garantiert wird und erst, nachdem sie sich unter Sicherung dieser Voraussetzungen konstituiert hat, ist die Bildung einer gesamtdeutschen politischen Vertretung möglich, die das Recht hat, im Namen Deutschlands zu sprechen.

Begründung: Die Organisation der Sozialdemokratischen Partei darf keiner Bevormundung durch die Besatzungsmacht unterliegen. In allen Zonen müssen dieselben Freiheiten garantiert sein wie in der amerikanischen und britischen Besatzungszone.

Wer Mitglied ist, bestimmen die Sozialdemokraten, die sich lokal und anschließend daran bezirklich zusammenfinden. Sie allein entscheiden, mit wem sie zusammenarbeiten wollen. Nur sie allein können die lokale und bezirkliche Leitung auf demokratischem Wege wählen.

Innerhalb der Organisation muß — wie in den Westzonen auch — völlige Parteidemokratie herrschen. Es kann keine Unterschiede der Methoden zwischen dem sozialdemokratischen Parteilieben im Osten und im Westen Deutschlands geben.

Bei der Bildung sozialdemokratischer Organisationen und ihrer Vorstände hat absolute Freizügigkeit zwischen allen Zonen zu herrschen. Auch aus anderen Zonen als der östlichen Besatzungszone herinkommende sozialdemokratische Mitglieder können sich an Mitgliedschaft und Leitung beteiligen.

Die Sozialdemokratische Partei muß in jeder Form der Bildung und Werbung frei sein. Das Versammlungswesen darf politischer oder bürokratischer Bevormundung durch die Besatzungsmacht oder ihr nahestehende Kreise nicht unterliegen. Ihr ist in gleicher Weise wie etwa der SEP der Rundfunk zur Verfügung zu stellen.

Die Sozialdemokratische Partei in der Ostzone verlangt die ihrer sich bald erweisenden Stärke entsprechende Unterstützung in der Werbung; vor allem auch in der Stellung von Automobilen, Benzin usw.

Die Sozialdemokratische Partei hat für Zwecke ihrer Werbung die entsprechende Zuteilung von Papier und anderen Hilfsmitteln zu beanspruchen.

Der Sozialdemokratie steht eine eigene freie Presse zu, auf deren redaktionelle und geschäftliche Besetzung nur die Mitgliedschaft der Sozialdemokratie einen Einfluß hat.

In der Agitation können in der Ostzone auch Angehörige der Sozialdemokratischen Partei aus allen anderen Zonen sich ungehindert bewegen. Es sind ihnen keinerlei Schwierigkeiten bürokratischer Art in Form von Schikanen und Verhören zu bereiten.

Nur in dem Fall der Zulassung und sicheren Garantie für die völlig freie Entfaltung der Sozialdemokratischen Partei in der Ostzone hält die Sozialdemokratische Partei die Existenz der SEP in den Westzonen für berechtigt.

Das Verbot einer demokratischen politischen Partei ist mit den Grundsätzen der Demokratie unvereinbar. Wer es billigt oder verteidigt, hat keinen Anspruch auf Demokratie und kennzeichnet sich dadurch als Anhänger der Diktatur. In der freien Sozialdemokratischen Partei ist für ihn kein Platz.

Vorposten im Kampf um die politische Gleichberechtigung der Sozialdemokraten in der Ostzone sind die Sozialdemokraten Groß-Berlins. Ihnen versicherte im Namen der Partei Erich Ollenhauer:

„Ich glaube, daß ich im Namen des ganzen Parteitages spreche, wenn ich gleichzeitig hier der Berliner Delegation erkläre, daß die ganze Sozialdemokratische Partei Deutschlands an der Seite der Berliner Sozialdemokratie in ihrem Kampf um die Demokratie und um die echte Selbstverwaltung in Groß-Berlin steht.“

Ohne Diskussion beschloß der Parteitag demgemäß einstimmig:

In der Erwartung einer baldigen Verwirklichung der politischen und geistigen Einheit Deutschlands und in der Erkenntnis, daß diese durch die Organisation der politischen Parteien im ganzen Gebiet am besten gesichert wird, wird hiermit der Landesverband Groß-Berlin der SPD als Bezirksorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angeschlossen.

Felicitas wirkte das Gelöbnis des soeben zum Oberbürgermeister Berlins gewählten Ernst Reuter:

„Diese Stadt wird immer die treueste Hüterin der Einheit Deutschlands sein. Diese Stadt wird immer die treueste Hüterin einer wahren Demokratie sein. In dieser Bevölkerung lebt der Geist eines freiheitlichen, unabhängigen, lebendigen Selbstbehauptungswillens, und diesen Selbstbehauptungswillen, der in uns lebt, möchten wir nach allen Seiten übertragen, nach Ost und West; bis wir eines Tages alle wieder in der einheitlichen großen deutschen Sozialdemokratie zusammen sind und uns dann als regierende Partei auf einer neuen Grundlage aufbauen können.“

Ist die Partei auf dem richtigen Wege?

Gleich zu Anfang der Tagung legte der offizielle Vertreter der holländischen Bruderpartei dem Parteitag zur kritischen Selbstprüfung seine Stellungnahme vor:

„Wir haben den Eindruck, daß der moderne Sozialismus nur dann gelingen wird, wie es in England gelungen ist, zur Mehrheitspartei zu werden, wenn wir neue Quellen des Sozialismus finden können. Es gibt derartige neue Quellen. Wir haben in Holland eine neue Gruppe katholischer Genossen in unserer Partei. Wir haben eine neue Gruppe kalvinistischer Genossen in unserer Partei. Wir haben eine Partei gegründet, nicht nur auf der alten Grundlage der holländischen Sozialdemokratie, sondern eine neue sozialistische Partei; die einmal hoffen läßt, wie die Labour Party in England die Mehrheit zu bekommen. Das kann nur gelingen, wenn wir uns bewußt sind, daß es sich beim Sozialismus nicht um Doktrinen, sondern um Menschen handelt.“ (Thomassen, Holland)

In der Tat konnte u. a. auch Erik Nöbling ohne Widerspruch die Unzufriedenheit mit der politischen Praxis der Partei nach 1918 feststellen:

„Als nach dem Zusammenbruch des Wilhelmischen Deutschland im Jahre 1918 der deutschen Sozialdemokratie die erste große Chance zufiel, ihre Theorie in die Tat umzusetzen, da war die Partei — warum das beschönigen und warum das verschweigen — weder geistig noch organisatorisch noch machtmäßig in ausreichendem Maße auf eine solche Aufgabe vorbereitet. Man hat damals nur geträumelt, ohne den Marsch anzutreten. Uns fehlte die große zusammenfassende Konzeption, und hinter dem Radikalismus der Formel verbarg sich weitgehend eine nur schlecht verhüllte schmächtige Impotenz im Handeln. Wir redeten von Generalrequisitionen und von Vollsozialisierung. Praktisch aber kamen wir nicht vom Fleck. Die große Verpflichtung, die uns darum heute zufällt, daß die große Massen Sehnsucht unserer Tage nicht abermals zugeschüttet wird durch Saumseligkeit, durch Zwietracht und durch einen peinlichen Mangel an konstruktiver Phantasie.“ (Beifall.)

Andreas Gayk, Kiel, suchte die Gründe dieses teilweisen Versagens nach 1918 im „Konservativismus“ auch in der Sozialdemokratischen Partei:

„Ich glaube, es ist höchste Zeit, den Konservativismus im politischen Leben Deutschlands zu überwinden. Diesen Konservativismus gibt es nicht nur auf der Rechten und nicht nur bei den Doktrinäern ganz links von uns, es gibt ihn auch in der Sozialdemokratischen Partei. Bei uns gibt es Leute, die bereit sind, jeden politischen Leichnam zu konservieren, der dadurch geheiligt worden ist, daß er im kommunistischen Manifest oder vielleicht im Erfurter Programm einmal erwähnt wurde.“

Auch Kurt Schumacher stellte klar und deutlich fest:

„Wir können uns die gemütlichen, großväterlichen, vereinsmeierlichen Methoden der Politik nicht gestatten.“

„Wir müssen, glaube ich, etwas mehr von manchen wahlvereinsmäßigen Eierschalen in der Politik unserer Partei abschreiben.“ (Zustimmung.)

Amo Hennig gab einen dringlichen Wunsch der Kulturpolitischen Tagung der SPD im Juni 1947 in Erlangen bekannt:

Die auf der Kulturpolitischen Tagung der SPD in Erlangen versammelten Teilnehmer sind überzeugt, daß es nötig ist, die geistigen Grundlagen der sozialistischen Bewegung neu zu studieren und zu formulieren. Sie bitten den Parteivorstand, möglichst bald eine Kommission einzusetzen, die sich dieser Aufgabe unterzieht.

Es ist kaum daran zu zweifeln, daß der Parteivorstand dieser Bitte Folge leisten wird unter Berücksichtigung der klaren Forderung Kurt Schumachers

„Man kann auf die Dauer keine Politik des bloßen Antis treiben, man muß für eine Politik des Pro sein!“ (Beifall.)

Alle Redner buchten den Beifall der Tagungsteilnehmer, wenn sie wie Carl Zöllig, Düsseldorf, auf die Gefahren hinwiesen, die durch ganz oder teilweise vorsagende Sozialdemokraten in leitenden Stellungen entstehen können:

„Wir hatten auch nach 1918 einen glänzenden Erfolg zu verzeichnen. Aber wir haben es damals



Kurt Schumacher spricht

Foto: Düwel, Hannover

nicht verstanden, das Vertrauen, das in uns gesetzt wurde, zu rechtfertigen. Sorgen wir dafür, daß das Vertrauen, das uns jetzt weiteste Kreise entgegenbringen, uns erhalten bleibt. Es sind große Gefahren auch für unsere Bewegung deutlich erkennbar. Diese Gefahren sind heute meines Erachtens noch größer als sie 1918 waren. Wir werden und wir sind schon in einem großen Ausmaß dahin gekommen, daß in den leitenden Stellen Sozialdemokraten sitzen. Diese Genossen können für uns eine Gefahr werden, wenn sie sich nicht bewußt sind, daß sie als Sozialdemokraten in diesen Stellungen sind. Diese Genossen müssen sich in diesen Stellungen als Klassenkämpfer in vorgeschobenen Positionen betrachten."

"In vielen Gemeinden kann beobachtet werden, daß Bürgermeistergenossen oder sonstige in der Verwaltung stehende Genossen den Kontakt zur Partei zu verlieren im Begriff sind, daß sie souverän arbeiten, daß sie sich selten oder überhaupt nicht mit der Partei zusammensetzen, um Rückfrage zu halten vor wichtigen Entscheidungen. Daraus sind mancherlei Fehler und Irrtümer entstanden, die ihrerseits wieder zu unerwünschten Spannungen innerhalb mancher Parteiorbitzen führten und die Werbekraft unserer Partei bei Wahlkämpfen usw. lähmten. Wir müssen ernstlich bitten, daß jeder Genosse, der als führender Beamter unsere Partei repräsentiert oder sich in der Behauptung seiner Position auf die Partei stützt, ständigen Kontakt mit der Partei hält und bei der Durchführung seiner Maßnahmen vor allem die Ansichten der Gesamtpartei mit zugrunde zu legen versucht." (Erwin Stein, Rheinpfalz)

Stein verlangte, von Beifall unferstrichen, eine ganz enge Bindung an den Parteifolgef:

"Auch die Genossen, die in einer arbeitsreichen Position stehen, dürfen nicht glauben, daß sie damit von jeglicher Parteiorganisationsarbeit entbunden wären. Die gesunde und breite Organisation unserer Partei mit der täglichen Kleinarbeit ist uns so wichtig, daß wir auf die praktische Mitarbeit eines jeden dieser Genossen unbedingt rechnen müssen."

Zur Zeitungsfrage

erklärte Fritz Heine als alle einschlägigen Probleme überschüttend:

"Wir alle wissen, wie sehr Papier zur Mangelware wurde. Aber auch hier gilt das Wort von den kleinen Ursachen. Es kann noch einmal große Wirkungen haben und teuer bezahlt werden müssen, daß den Verfechtern der demokratischen Ideen nicht einmal Papier genug gegeben wurde, um ihre Sache zu vertreten."

"Seit zwei Jahren ist das Schließen vorüber, und noch immer haben wir die Kümmerlichkeit von zweimal wöchentlich erscheinenden 2 bis 3 Seiten schwachen Zeitungen außerhalb Berlins. Es ist ein unerträglicher Zustand, der mehr zur Schädigung der demokratischen Entwicklung beiträgt als irgendeine der gespensterhaften Nazitaktivitäten."

Nicht immer ist die Kritik an der gegenwärtigen Haltung und Formung der der Partei nahestehenden Zeitungen gerecht. Sehr aufmerksam nahm der Parteifolgef die Stellung des Parteivorstandes entgegen:

"An die Stelle der mehr dem Funktionär geeigneten Zeitung tritt ein Blatt, das sich vor allem an die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung wendet und besonders der Frau mehr Lesbares bieten soll. Das ist eine zwangsläufige und im ganzen erfreuliche Entwicklung. Zeitungen dieses Typs mit dem Ziel der Gewinnung einer breiten Masse von Lesern müssen für ihre mehr populäre Form mit dem teilweisen Verzicht auf die ausführliche politische Schulung und Propaganda zahlen. Das wird von keinem von uns gern gesehen. Es bedeutet eine Erschwerung und Verlagerung der politischen Schulung in einem Augenblick, in dem sie mehr als je nötig ist, ohne daß ausreichender Ersatz in der Form von Parteimitteilungsblättern und Zeitschriften sichtbar wäre. Wenn wir uns trotzdem bewußt für das Massenorgan einsetzen, dann nicht nur, weil wir unter einer gewissen Verpflichtung handeln. Viel entscheidender ist für uns der Wunsch, die sozialdemokratische Presse aus der Begrenzung herauszuführen, in der sie vor 1933 war. Wir wollen, daß die neue sozialdemokratische Presse weiter greift, in Neuland vorstößt und mithilfe, Schranken der Vereinommenheit und Ignoranz uns gegenüber einzureißt." (Fritz Heine)

Bei der Eindeutigkeit dieser aus bestem demokratischen Geiste kommenden Stellungnahme erregte es stärkstes Aufsehen, daß Alfred Nau berichten mußte:

"Es sind uns in der letzten Zeit Bestrebungen aus dem Kreise Verantwortlicher hoher Offiziere der Militärregierung bekanntgeworden, die als Ziel die völlige Lösung der sozialdemokratischen Zeitungen von der Partei verfolgen. Gegenüber solchen Versuchen erklären wir hier vor dem Parteifolgef, daß wir nie unseren Eigentumsanspruch aufgeben und die sozialdemokratischen Zeitungen als unlösbar mit der Partei verbunden betrachten."

In diesem Zusammenhang erhält eine Erklärung seitens des Parteivorstandes besondere Bedeutung:

"Wir sind stolz darauf, daß wir von der Parteizentrale keiner Zeitung und

keinem Redakteur irgendeine Anweisung, was zu schreiben sei, gegeben haben, und daß wir das auch in Zukunft so zu halten, gewillt sind." (Fritz Heine)

Organisatorische Änderungen

Als Antrag des Bezirks Schleswig-Holstein wurde einstimmig angenommen:

Der § 3, Absatz 1, Satz 1 des Organisationsstatutes wird wie folgt geändert: Die Grundlage der Organisation bildet der aus den Kreisvereinen oder Unterbezirken zusammengesetzte Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird.

Um das Eintrittsgeld den aufnehmenden Ortsvereinen zu belassen, wurde ebenfalls einstimmig nachstehender Antrag des Unterbezirks Krefeld angenommen:

Das Organisationsstatut der SPD § 8 Absatz 4 erhält folgende Fassung: Der Bedarf des Parteivorstandes wird von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder verkauften Marke (ausgenommen Eintrittsmarken) ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß festgesetzter Betrag in Monatsraten an die Parteilasse abgeführt wird.

Der sich stark vergrößernde Arbeitsumfang des Parteivorstandes veranlaßte den Parteifolgef, einstimmig zu beschließen:

Der § 17 Absatz 1 des Organisationsstatutes wird wie folgt geändert:

"Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und einer vom Parteifolgef festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbesoldeten Beisitzern besteht und dem mindestens vier Frauen angehören müssen. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten."

§ 17, Abs. 1 des Organisationsstatutes wurde durch einen gegen eine Stimme angenommenen Beschluß ergänzt:

Der Parteivorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, 6 besoldeten Mitgliedern und 22 unbesoldeten Beisitzern.

"Wir haben es erlebt, daß in der gegenwärtigen Übergangszeit die in unserem Organisationsstatut festgelegten Bestimmungen über das Ausschlussverfahren gegen ein Mitglied außerordentlich schwerfällig sind und daß sie uns oft in Fällen einer dringenden örtlichen oder kreislichen Gefahr daran hindern, Schädlinge der Organisation schnell ihrer Funktionen zu entheben und sie aus der Partei zu entfernen. Der Antrag Schleswig-Holsteins versucht, hier eine beschleunigte Regelung durchzuführen, die auf der einen Seite der Organisation in den unteren Einheiten die Möglichkeit gibt, schneller als bisher zu handeln, aber auch auf der anderen Seite jedem Mitglied der Partei das Recht aufrecht erhält, in einem Verfahren gegen sich alle seine Ansprüche geltend zu machen. Wir sind der Auffassung, daß wir in dieser Zeit nur ein Ausschlussverfahren akzeptieren können, das diesem demokratischen Grundprinzip gegenüber jedem Mitglied der Partei gerecht wird." (Erich Ollenhaupt)

Diese Stellungnahme des Parteivorstandes veranlaßte den Parteifolgef, einstimmig den Antrag des Bezirks Schleswig-Holstein zum Beschluß zu erheben, nach dem der § 26 des Organisationsstatutes wie folgt festgesetzt wurde:

§ 26

I. Aus der Partei ausgeschlossen wird:

- a) wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat,
- b) wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt oder für sie oder gegen die Sozialdemokratische Partei wirkt,
- c) wer einen groben Vorstoß gegen das Parteiprogramm begangen hat,
- d) wer durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse der Parteilage oder seiner Parteioorganisation das Parteiinteresse schädigt.

II. In außerordentlichen Fällen, in denen durch schnelles Eingreifen eine nicht abzuwehrende schwere Schädigung der Partei verhindert werden muß, kann der zuständige Kreisvereinsvorstand den Antrag auf Ausschluss beim Bezirksvorstand stellen mit der Maßgabe, daß sämtliche Rechte und Funktionen des Auszuschließenden sofort ruhen.

III. Über Ausschlußanträge, die die Absätze Ia und Ib betreffen, entscheidet der Kreisvereinsvorstand. In diesen Fällen wird der Beschluß sofort wirksam.

IV. Der Ausschlußantrag darf nur von einem Ortsverein bzw. in größeren Orten von einer seiner Unterorganisationen gestellt werden. Außerdem hat jede Organisation innerhalb der Partei das Recht, einen Ausschlußantrag auch gegen solche Mitglieder zu stellen, die einem anderen Bezirk angehören. Solche Ausschlußanträge müssen bei dem Bezirk gestellt werden, dem die antragstellende Organisation angehört.

V. Als erste Instanz der Fälle Ia und Ib entscheidet über den Ausschlußantrag ein Schiedsgericht des Kreisvereins, das aus fünf Personen besteht. Der für den Angeschuldigten zuständige Kreisvereinsvorstand ernennt den Vorsitzenden, die antragstellende Organisation und der Angeschuldigte benennen schriftlich je zwei Beisitzer. Die Beisitzer müssen Mitglieder des betreffenden Kreisvereins sein, dem der Angeschuldigte angehört.

VI. Als Berufungsinstanz gilt der Bezirksvorstand. Der Einspruch gegen den Beschluß der ersten Instanz steht sowohl dem Beschuldigten als auch dem zuständigen Kreisvereinsvorstand beim Bezirksvorstand zu.
Beim Bezirksvorstand ist ein Schiedsgericht sinngemäß der ersten Instanz zu bilden.

Parteiorgan und Kontrollkommission

Von 357 Stimmberechtigten gaben 344 Stimmzettel zur Wahl des Parteiorganes ab, von denen 341 gültig waren.

Mit 340 Stimmen wurde Kurt Schumacher zum Vorsitzenden und mit 337 Stimmen Erich Ollenhauer als stellvertretender Vorsitzender gewählt.

Als besoldete Mitglieder erwählte sich der Parteitag wiederum Fritz Heine (327 Stimmen), Alfred Nau (327 Stimmen) und Herbert Kriedemann (239 Stimmen). Als neue besoldete Parteiorganmitglieder wurden Herta Gotthelf mit 332 Stimmen und Egon Franke mit 221 Stimmen gewählt.

Als Beisitzer des Parteiorganes wurden bestimmt (Stimmen in Klammern hinter dem Namen): Fritz Henßler (335), Dortmund — Karl Schmid (335), Tübingen — Louise Schröder (332), Berlin — Franz Neumann (331), Berlin — Franz Böglner (326), Neustadt a. d. Haardt — Julius Loßmann (324), Nürnberg — Karl Meitmann (324), Hamburg — Wilhelm Kaisen (323), Bremen — Victor Agartz (321), Minden — Andreas Gayk (320), Kiel — Adolf Grimme (315), Hannover — Willy Eichler (314), Köln — Willi Knothe (314), Frankfurt/M. — Valentin Baur (311), Augsburg — Walter Menzel (308), Düsseldorf — Ernst Gnoß (306), Düsseldorf — Lisa Albrecht (304), München — Emil Groß (304), Bielefeld — Fritz Helmstetter (304), Stuttgart — Hermann Veit (289), Stuttgart — Robert Görlinger (258), Köln — Elisabeth Selbert (253), Kassel.

Vorher hatte der Parteitag beschlossen, daß mindestens vier Frauen dem Parteiorgan anzugehören haben. Mit der Wahl war diesem Beschluß Rechnung getragen.

Neu in den Parteiorgan gewählt wurden von den Beisitzern: Louise Schröder, Franz Neumann, Lisa Albrecht und Karl Schmid. Ausgeschlossen sind Ludwig Metzger, Anna Beyer und Ernst Nölting.

Entsprechend dem Beschluß, daß der Parteiorgan insgesamt acht besoldete Mitglieder zählen soll, wurde gegen 61 Stimmen nachstehender Antrag angenommen:

Der Parteiorgan und der Parteiaussschuß sind ermächtigt, während der kommenden Arbeitsperiode bis zum nächsten Parteitag ein besoldetes Organmitglied zu wählen, das mit allen Rechten eines besoldeten Organmitgliedes dem Parteiorgan angehört.

Die Kontrollkommission

besteht — gegen 2 Stimmen — aus Adolf Schönfelder, Hamburg (als Vorsitzender) Gustav Bratke, Hannover — Walter Damm, Pinneberg — Heinrich Höcker, Herford — Georg Richter, Düsseldorf — Karl Seeser, Bayreuth — Jacob Steffan, Mainz — Fritz Ulrich, Stuttgart — Christian Wittrock, Kassel.

Die Internationale

„Es ist rührend, wenn wir die früheren Parteitagprotokolle lesen; zu finden, wie die Delegierten unserer ausländischen Bruderparteien die deutsche Partei als ihre Lehrmeisterin feierten. Dieses große Ansehen haben wir leider durch den Verbrecher Hitler verloren. Es wieder zurückzugewinnen, wird unsere Aufgabe sein, indem wir unsere Partei wieder zu dem machen, was sie früher war.“

Diese Worte des alten Genossen Joseph Simon aus Nürnberg zeigten schmerzvoll auf, wie ungeheuer tief der Schlag ging, den die deutsche Reaktion unter Führung Hitlers der deutschen Sozialdemokratie versetzte. Die Partei mußte mit der Wiedererringung des internationalen Vertrauens von vorn anfangen. — Es war die Feststellung eines Schrittes nach vorn, als Kurt Schumacher am Schluß der Tagung ausrufen konnte:

„Was ist das Ergebnis des Nürnberger Parteitages? Wir haben gewollt, und ich

glaube, wir haben es wenigstens zum Teil erreicht, die deutsche Sozialdemokratie und das deutsche Volk sind näher an die Welt gekommen.“ (Beifall.)

Was Sozialisten in aller Welt empfinden, wenn sie sich von dem Schock beklemmender Ereignisse lösen konnten, überbrachte der offizielle Delegierte Österreichs, Franz Jonas:

„Genossen, darüber hinaus muß ich sagen, wenn österreichische Sozialisten irgendwo in der Welt eine hungernde und darbedende, eine ringende und kämpfende demokratische, sozialistische Partei sehen, dann ist es für sie eine Herzensangelegenheit, für diese Partei einzutreten und ihr zu sagen, daß die Österreicher dieser Partei, ganz gleich, wo sie lebt und wirkt und kämpft, die alte proletarische, sozialistische Solidarität wahren werden.“

Es sind aber nicht nur Gefühlsgründe, es sind ganz klare politische Überlegungen, die nicht weniger stark in die gleiche Richtung drängten, der Kay Björk aus Schweden Ausdruck gab:

„Aber das ganze schwedische Volk ist auch daran interessiert, daß das deutsche Volk nicht verhungert. Die Hilfsarbeit für Deutschland, die bisher geleistet wurde, wird darum sicher in verschiedener Form fortgesetzt werden.“

21 offizielle Vertreter aus Bruderparteien von zwölf Ländern demonstrierten durch ihre Anwesenheit das Band, das sich um die sozialistischen Bewegungen der ganzen Welt zu schlingen beginnt:

1. England: Joe Reeves — 2. Frankreich: Salomon Grumbach — 3. Holland: W. Thomassen, J. M. Willems — 4. Norwegen: John Sannes — 5. Dänemark: H. C. Hansen, Freder Nielsen — 6. Schweden: Kay Björk, Emil Wallin — 7. Österreich: Rosa Jochmann, Gabriele Proft, Franz Beyerl, Franz Jonas — 8. Ungarn: Emanuel Buchinger — 9. U.S.A.: Leon Dennen — 10. Belgien: Louis de Brouckère, Max Sommershausen — 11. Italien (P.S.L.I.): A. Simonini, Carlo de Gregorio, Mario Zagari, 12. Internationale Kontaktkommission: Vilém Bernard-Prag.

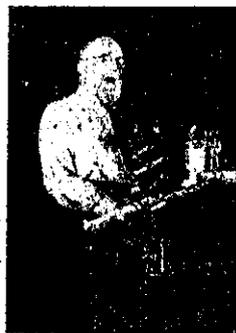
Für alle diese internationalen Vertreter sozialistischen Gedankenguts sprach de Brouckère:

„Die einzige Hoffnung für die Menschheit ist die Schaffung einer sozialistischen Internationale. Ich hoffe, daß sie bald Wirklichkeit sein und daß sie eine neue Gesellschaftsordnung schaffen wird, in der Frieden und Gerechtigkeit herrschen werden.“ (Im Anschluß daran wird von dem Parteitag unaufgefordert die erste Strophe der „Internationalen“ angestimmt und gesungen.)

Als Mann der Gegenwart wies Salomon Grumbach darauf hin, „... daß es gegenwärtig noch maßlose Hindernisse zu überwinden gilt, ehe dem internationalen Sozialismus wieder eine Aktionsebene geschaffen werden kann.“

Joe Reeves gab die Stellung der englischen Labour Party bekannt:

„Die Sozialisten meines Landes, deren Glaube an die Solidarität der Arbeiter der Welt nicht vermindert worden ist durch den vorübergehenden Sieg des Nazismus oder durch den Haß, der durch den Krieg gesät wurde, setzen ihre ganze Kraft daran, jene Bedingungen zu erkämpfen, die das Recht aller sein sollten, ganz gleich, zu welcher Nation oder zu welchem Volke sie gehören mögen.“



Louis de Brouckère
Foto: Düwel, Hannover

Mit knappen Worten erläuterte Salomon Grumbach, warum im Augenblick eine festgefügte „Internationale“ noch nicht bestehen kann:

„Ich beglückwünsche uns selber, daß wir, die Verantwortlichen von vielen Ländern, es auf uns genommen haben, nicht sofort nach dem Kriege uns mit dem stolzen Titel „International“ zu brüsten, sondern daß wir uns bisher damit begnügt haben, von internationalen sozialistischen Konferenzen zu sprechen. Nichts wäre gefährlicher, als wenn wir uns in irgend einem Lande täuschen wollten über die Tiefe der Zerstörung auf materiellem und geistigem Gebiet, bis in den Sozialismus hinein, die das Hitlerverbrechen und der fünfjährige Mordkrieg mit sich gebracht haben.“

Unzweifelhaft war die Masse der deutschen Sozialdemokraten über die Nichtzulassung zu den internationalen sozialistischen Konferenzen enttäuscht, obwohl sie mit Befriedigung vermerkte, daß die Mehrzahl der auf der Konferenz in Zürich vertretenen Länder ihre Hinzuziehung gewünscht hätte. Für diese Länder sprach A. Simonini:

„Es hatte in Zürich einige Sozialisten gegeben, die den Völkern die Verantwortung, die nur einzelne Menschen haben, zuteilen wollen. Ich spreche von der Kriegsverantwortung. In

Zürich sind einige Sozialisten der Meinung gewesen, daß die Kriegsverantwortung den Völkern auferlegt werden müßte. Das ist ganz falsch (Beifall). Man kann den Völkern diese Verantwortung sicher nicht zuweisen. Das, was in Zürich passiert ist, wird mit der Zeit in objektiver Weise von allen verurteilt werden."

Eindringlich fügte Solomon Grumbach hinzu:

"Man hat davon gesprochen, daß Dr. Schumacher — er ist nun einmal das große und sprechende Aushängeschild — eine Niederlage erlitten habe und mit ihm die Sozialdemokratie. Das ist nicht wahr."

Sicher sprach Kay Björk nicht nur die Ansicht seiner schwedischen Organisation aus, als er bemerkte:

"Wir sind darum der Ansicht, daß die deutsche Sozialdemokratie Unterstützung von der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung haben muß."

Nie wieder Krieg!

"Wir wollen, daß der Krieg ideologisch aus den Hirnen und Herzen der Menschen, vor allem der Jugend, ausgelöscht wird. Wir müssen uns dazu entschließen, den Krieg unter allen Umständen und aus jeder Begründung heraus abzulehnen. Es genügt nicht, diesen Exzessen der menschlichen Gesellschaft, den Kriegen, die wirtschaftliche und soziale Basis zu entziehen. Wir müssen ihn auch durch die Idee über die Notwendigkeit eines moralischen und sittlichen Zusammenlebens der Völker ächten. Die Verfassungsurkunde der deutschen Republik wird daher an sichtbarer Stelle die Forderung enthalten müssen, daß der Krieg kein Mittel der Politik mehr sein darf."

Mit diesen Worten eines deutschen sozialdemokratischen Landesministers (Walter Menzel, Düsseldorf) deckt sich ein vom Parteitag angenommener Antrag:

In allen Ortsvereinen der SPD wird jährlich am ersten Sonntag des Monats September ein Antikriegstag veranstaltet. Die Veranstaltung soll feierlichen Charakter und den Zweck haben, im deutschen Volke einen echten Geist der Völkerverständigung zu erwecken und zu pflegen.

Die UdSSR und die ihr hörigen Parteien

Niemand leidet mehr unter den Mißstimmungen zwischen der sogenannten westlichen Hemisphäre und dem östlichen Koloss der UdSSR als Deutschland. Niemand war darum berufener als Kurt Schumacher, im Namen der deutschen Sozialdemokratie zu erklären:

"Europa ist mit Rußland möglich, Europa ist am besten mit Rußland möglich. Aber Europa und Deutschland sind nicht russisch möglich."

Mehr als einmal hat die deutsche Sozialdemokratie der staatlichen und technischen Leistung der UdSSR tragenden Schicht Anerkennung gezollt. Anerkennung bedeutet aber niemals den Willen zur bedingungslosen Nachahmung unter allen Umständen. Ganz klar stellte Erik Nölling ohne den geringsten Widerspruch fest:

"Auch uns Sozialisten verurteilt die Vorstellung von einem Staatsmoloeh, von einem Superstaat, von einem Staatsleviathan nur ein unbehagliches Alpdrücken."

Die bolschewistische Praxis witterleuchtete aus einem Schreiben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Rumäniens:

Die Genossen bedauern, daß sie durch die Praxis der jetzt in Rumänien regierenden Mächte nicht in der Lage sind, hier nach Deutschland einen Delegierten zu unserem Parteitag zu entsenden. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei lebt im gegenwärtigen Augenblick unter Bedingungen, die ihr nicht die volle Bewegungsfreiheit im Lande und nach außen geben.

Den bedingungslosen Nachläufern der politischen Praktiken der UdSSR in der KPD

schrieb Kurt Schumacher unter dem stürmischen Beifall des Parteitages ins Stammbuch:

"Die Herren, die mit den Methoden der Kriegswissenschaft arbeiten, sind Gefangene ihrer eigenen Mittel und wissen gar nicht mehr, was diese Mittel bei den Leuten anrichten, die angeblich die Herren dieser Mittel sind. Es gibt bei einer solchen Politik keine Objektivität, keine Wahrheit, kein Vertrauen mehr. Es gibt nur das Machtstreben mit allen Mitteln. Alle geistigen und moralischen Hemmungen werden ausgeschaltet. Es gibt keine Anerkennung von Ideen und Persönlichkeiten. Aber es gibt auch keine Belastung durch Ideen und Persönlichkeiten. Es gibt nur Vorurteilslosigkeit in der Ausnutzung von Menschen und Situationen. Es gibt nur Zweckpropaganda mit machtpolitischem Ziel."

Er konnte erschüttert und erschütternd dem Parteitag folgendes vortragen:

"Nun, wer te Genossen, mit welchen Methoden in der Ostzone gekämpft wird, zeigt ein gefälschter Brief, der in der Ostzone verbreitet wird. Der Briefkopf trägt die Worte: 'Sozialdemokratische Partei. Der Parteivorstand, Hannover.' Die Genossen werden da angesprochen, ob sie bereit seien, für den Fall der Zulassung der Sozialdemokratischen Partei eine Funktion in dieser Partei anzunehmen. Ein Teil dieser Genossen war vorsichtig und hat nicht geantwortet. Ein Teil war unvorsichtig und hat geantwortet. Von denen, die geantwortet haben, ist keiner mehr zu Hause."

Niemand vermochte ihm begründet zu widersprechen, als er feststellte:

"Die Mittel sind die gleichen wie in jedem Diktaturstaat. Man spekuliert auf die Angst der Massen vor der Gewalt."

Wie ein Aufschrei klangen des alten Friedrich Stampfers Worte:

"Ich sage euch trotz allen Hungers, der in diesem Lande ist: Selbst der elendeste Zustand, über den ich noch meine Meinung sagen darf, ist mir viel lieber, als ein an die Wand gemaltes Paradies, hinter dem ein Geheimpolitist sitzt."

Werden die deutschen Kommunisten noch in letzter Minute begreifen, welche Gefahr sie für einen sozialistischen Neuaufbau Deutschlands heraufbeschwören?

"Für die CDU ist doch der Kommunist der geeignetste Gegner. Von ihm geht keine akute Gefahr der Änderung der Eigentumsverhältnisse im Großkapital aus. Und auch für den Kommunisten ist die CDU der passendste Gegner, denn sie ermöglicht ihm, von der Vielfalt der nationalistischen Aktionsformen in der kommunistischen Partei Europas einmal wieder zur alten Schmetterparole, zur proletarischen Weltrevolution, zurückkommen zu können. Dieses Aufeinander-Angewiesensein in den politischen Bedingungen formt die Politik dieser Parteien."

(Kurt Schumacher)

Die deutsche Reaktion

Die Reaktion in Deutschland hofft zu einem guten Teil auf eine Hilfe durch die Kommunisten. Unwidersprochen stellte Kurt Schumacher dies vor dem Parteitag eindringlich fest:

"Es wird jetzt in Deutschland und Europa der Versuch gemacht, die politische Macht zwischen Kommunisten und CDU, zwischen nationalem Kommunismus und Kapitalismus, zu verteilen. CDU und Kommunisten wollen die beiden großen, harten Mühlsteine sein, zwischen denen die Sozialdemokratische Partei zerrieben wird."

Die CDU spielt sich gegenüber den Besatzungsmächten als die stärkste deutsche Partei auf, obwohl sie weiß, daß diese rechnerische Mehrheit nur deswegen herauskommt, weil ihre Partei in der Ostzone zugelassen, die Sozialdemokratische hingegen verboten ist.

"Es ist weder klug noch loyal, noch geschmackvoll, wenn von Berlin die These verbreitet wird, die CDU sei die stärkste Partei in Deutschland, und dabei zum Beweise auch die Zahlen bei den Landtagswahlen in der Ostzone mit angeführt werden — denselben Wahlen, bei denen die Sozialdemokratische Partei verboten war, in ihren eigentlichen Hochburgen, wo sie immer am stärksten war, dem Verbot unterlag."

(Kurt Schumacher)

Es ist das Verdienst von Franz Marx aus München, über den Anfang der neuen deutschen Reaktion festzustellen:

"Die deutsche Reaktion hat schon mit dem 20. Juli 1944 begonnen, als sich ein Teil dieser Menschen von den Folgen der Ursache distanzierte, zu denen sie wesentlich beigetragen hat. (Sehr richtig!) Die deutsche Reaktion hat in dem Moment mitbegonnen, als man in einem der Siegerstaaten das Komitee Freies

Deutschland' aufzog, in dem sich die reaktionärsten Offiziere Deutschlands in dem Augenblick vom Faschismus distanzieren, als die Niederlage dieser faschistischen Verbrecher eindeutig feststand."

Eine andere Quelle der neudeutschen Reaktion zeigte Walter Menzel, Düsseldorf, auf:

"Ich fürchte, daß die 1945 zwangsläufig unterbliebene Revolution, die nach alter geschichtlicher Erfahrung an sich fällig gewesen wäre, kein Segen für das deutsche Volk gewesen ist."

Warnend erhob Erich Ollenhauer namens der Sozialdemokratie seine Stimme:

"Der deutsche Nationalismus, der damals Männer wie Kurt Eisner, Matthias Erzberger und Walther Rathenau ermordete, ist nicht tot in Deutschland. Er wittert angesichts der Not unseres Volkes eine neue Chance. Wehren wir den Anfängen!"

Die reaktionäre Gefahr

"In dem Maße, wie die Verwaltung entpolitisiert, neutralisiert ist, ist sie ein Störungsfaktor und ein ständiger Gefahrenherd für eine wirkliche Demokratie."

(Werner Jakoby, Iserlohn)

"Ich appelliere an alle unsere Genossen, die in irgendwelchen Ämtern in Deutschland sitzen, sei es in Staat, Stadt oder Gemeinde, sich ihre Mitarbeiter auf ihre politische Vergangenheit anzusehen und alles daranzusetzen, alle Ämter in Deutschland zu reinigen von jenen kleinen Meißnern, die es heute noch verstehen, unter devoten Bücklingen sich aus unseren Genossen unentbehrlich zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Sie sind die Quellen, aus denen der Nationalismus getränkt wird."

(Jeanette Wolff, Berlin)

"Die Entnazifizierung in der britischen Zone ist so trostlos, daß wir uns als Partei von ihr distanzieren müssen. Wohl sitzen wir am Abend wie am Abend und bis spät in die Nachtstunden hinein, um die einzelnen kleinen Sachen der Nazis zu bearbeiten. Wenn wir dann aber feststellen müssen, daß Standartenführer usw. als unbelastet aus den Internierungslagern entlassen werden, dann können wir uns des Gefühls nicht mehr erwehren, daß wir ein solches Verhalten der englischen Militärregierung nicht mehr mitmachen können."

(Holnrich Kramer, Bielefeld)

Daß der Klassenkampf durchaus nicht eine durch die Kriegsfolgen erledigte Angelegenheit ist, mußte Kurt Schumacher eindeutig feststellen:

"Die Besitzer der Sachwerte, der Produktionsmittel, die Lebensmittelproduzenten haben alle mobilen Sachwerte, die auf den Tauschmarkt gekommen waren, an sich gezogen und auch den übergrößten Teil des Papiergeldes. Und dieser einseitigen Anreicherung stand die entsprechende Seite der Verarmung gegenüber."

Darum verlangte Otto Köth, Alfeld, von der Welt:

"Deutschland muß geholfen werden. Denn wenn die Hilfe nicht bald einsetzt, werden jene Kräfte, die schon einmal in jüngster Zeit uns das Unglück gebracht haben, wieder am Werk sein und die deutsche Demokratie untergraben, unterwühlen und Europa und die Welt erneut in Konflikte stürzen, die den Untergang nicht nur Deutschlands, sondern des gesamten Europas, den Untergang des Abendlandes bedeuten würden."

Kurt Schumacher fügte hinzu:

"Diese politische Reservearmee der Enttäuschten, Ungläubigen und Unwissenden ist das Gefahrenmoment in Europa (Sehr wahr!), wenn nicht aus eigener Kraft, dann dadurch, daß andere Kräfte es auszuspielen verstehen."

Die deutsche sozialistische Republik im freien Europa

Die gegenwärtige Not der deutschen Nation verführt politisch kurzfristige Menschen zum Nationalismus. Kurt Schumacher verlangt daher von der Sozialdemokratie:

"Dem Appell an den Nationalismus muß die Sozialdemokratie entgegenreten, sei es der Nationalismus der Kommunisten, sei es der alte Nationalismus der Besitzbürger."

Das beste Mittel gegen nationalitätsförmigen Egozentrismus ist ein demokratisches Bewußtsein kontinentaler oder besser noch eines Weltbürgertums. Aber

"für die Demokratie ist die Besetzung eine sehr schlechte Schule."

(Salomon Grumbach, Frankreich)

Dennoch fand Kurt Schumachers Feststellung:

"Passivität bedeutet heute für Deutschland Vernichtung des Lebens"

den ungeteilten Beifall des Parteitages. Aber auch er mußte feststellen:

"Man kann billigerweise von einem Volk nicht Initiative verlangen, wenn man die Voraussetzung aller Initiative, die effektive Machtposition, diesem Volke nicht gibt." Hilfe kann Deutschland in der gegenwärtigen Situation nur von einer verständigen Welt kommen. So wirkte es wohl auf jeden Parteitagssteilnehmer zuletzt ermutigend, als er von den ausländischen Vertretern hörte:

"Europa braucht Deutschland und Deutschland braucht Europa."

(H. C. Hansen, Dänemark)

"Wir wissen auch, daß in dieser kleinen Welt, in der wir heute leben, und besonders in unserem Europa kein Volk dauernden Wohlstand genießen kann, wenn andere Völker in Elend und Not leben. Wir wissen, daß es für kein Volk Sicherheit gibt, wenn jenseits der Grenzen die Not, die Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung vorhanden ist."

(Joe Sannes, Norwegen)

Daß aber unsere Hoffnungen nicht ins Uferlose wachsen, veranlaßten den wirklichkeitsnahen Salomon Grumbach auszusprechen:

"Von wirklicher Freiheit wird keine Rede sein, solange die nun durch den Hitlerkrieg unvermeidlich gewordene militärische Besetzung Deutschlands weitergehen wird. Und diese Besetzung — darüber können wir uns keine Illusion machen — ist keine Sache, die von einem auf das andere Jahr aufhört. Nichts wäre uns selbst gegenüber verantwortungsloser, als mit schönen Worten über die Tatsachen hinwegzugehen."

Mögen die ausländischen Delegierten Kurt Schumachers Worte in die richtigen Ohren leiten:

"Wir müssen den Deutschen das Gefühl der Selbstachtung wiedergeben; denn nur so können wir sie zu einem Faktor des Friedens machen. Zu dem Gefühl der Selbstachtung gehört aber das Empfinden der Tatsache, daß das Höchste der menschlichen Güter die Freiheit ist. Revolutionäre Politik bedeutet eine den elementaren Bedürfnissen angemessene Politik. Revolutionäre Politik ist heute die freiheitliche Politik, für die Menschen, für die kleinen Leute in Europa zu kämpfen."

"Der Lebensstil, die Kultur und die Wirtschaftsform dieses Kontinents, das ist der demokratische, die Rechte der freien Persönlichkeit bejahende Sozialismus."

"Wir haben keine Veranlassung, unser Schicksal vor das Schicksal anderer Völker zu stellen. Aber wir haben nicht nur aus deutschem, sondern auch aus europäischem und weltbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein die Verpflichtung, jetzt auf das Chaos in diesem Lande und die Notwendigkeit seiner Behebung hinzuweisen."

Die gleiche Verbreitung verdient die Feststellung Erich Ollenhauers:

"Die Sozialdemokratie ist eine Partei des Friedens und der Völkerverständigung. Sie ist eine europäische und internationale Partei, weil sie seit Beginn ihres politischen Daseins überzeugt war, daß Glück und Wohlstand des eigenen Volkes nur erreicht und gesichert werden können in einer friedlichen und freien Gemeinschaft aller Völker."

Die sozialistische deutsche Republik

"Wir müssen das Haus des deutschen Volkes von Grund auf neu gestalten, und wir müssen uns dabei die Erfahrungen und Lehren der Vergangenheit zunutze machen."

(Erich Ollenhauer)

Aus den Lehren der Vergangenheit folgert Walter Menzel:

"Staat und Verwaltung sind in ihrem Aufbau und ihrer Gesetzmäßigkeit nur Spiegelbilder der jeweiligen sozialen und ökonomischen Kräfte."

"Wir sind gewillt, Deutschland nicht mehr nur als ein nationales Einzelwesen anzusehen, sondern als einen Bestandteil des großen Europas. Daher haben wir auch unseren Richtlinien das Bekenntnis zu einem europäischen Staatenbund vorangestellt und gefordert, daß unsere künftige Verfassung die Bereitschaft vorsehen muß, zugunsten internationaler Einrichtungen deutsche Hoheitsrechte aufzugeben."

Der Parteitag nahm als Willenskundgebung nachstehende

Richtlinien für den Aufbau einer deutschen Republik

einstimmig an:

A

1. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert, daß die Verfassung der Deutschen Republik die Möglichkeit einer künftigen Zugehörigkeit Deutschlands zu einem europäischen Staatenbund berücksichtigt. Die friedliche Entwicklung zu einem europäischen Bunde verlangt eine klare Absage an jede Politik eines nationalen Egoismus, der sich unter Ausnutzung der politischen Machtstellung durch den jeweils Mächtigen auf Kosten des jeweils Schwächeren insbesondere in Annexionen äußert. Annexionen können nicht die Grundlage friedlicher Entwicklung bilden. Die allgemein-anerkannten Regeln des Völkerrechts sind bindende Bestandteile des Reichsrechts. Sie sind für den Staat und für den einzelnen Staatsbürger verbindlich. Die Verfassung soll Bestimmungen enthalten, die es ermöglichen, durch Reichsgesetz Hoheitsrechte im Rahmen internationaler Vereinbarungen an internationale Institutionen zu übertragen.
2. Die deutsche Sozialdemokratie bekennt sich zur politischen und staatsrechtlichen Einheit Deutschlands. Sie lehnt unter Anerkennung stammesmäßiger Besonderheiten jeden offenen oder versteckten Separatismus und Partikularismus ab. Die Verfassungen der Länder dürfen nichts enthalten, was der Reicheinheit entgegensteht. Daher haben die Länderverfassungen einen Vorbehalt aufzunehmen, daß Reichsrecht Länderrecht bricht. Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung müssen diesen Grundsätzen folgen.
3. Die deutsche Sozialdemokratie lehnt die Umwandlung der Deutschen Republik in einen Staatenbund ab, weil ein Staatenbund nach außen die Entwicklung zu einer europäischen Einheit hemmen und nach innen eine unerwünschte Zersplitterung der zur Gesundung und zum Aufbau erforderlichen Kräfte bedeuten würde. Deutschland wäre bei einer Auflösung in selbständige Staaten nicht lebensfähig. Es liegt kein Grund vor, Deutschland auf längst überlebte Zustände zurückzubringen. Die Entwicklung zu größeren staatlichen Einheiten ist nicht nur eine deutsche oder europäische Erscheinung, sondern eine Tatsache, die in der allgemeinen Entwicklung zur Universalität und in der Natur der modernen Technik liegt und darum eine generelle Erscheinung des politischen und wirtschaftlichen Lebens aller Kontinente ist.
4. Die Deutsche Republik wird ein Bundesstaat sein müssen, in dem sowohl die Einheitlichkeit der Regierungsgewalt als auch die damit vereinbarte Eigenständigkeit der Länder im Sinne einer gesunden Dezentralisation gewährleistet ist.

B

1. Die Reichsgewalt geht von dem gesamten deutschen Volk aus, das seinen Willen durch einen Reichstag, gebildet auf Grund eines allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts aller wahlberechtigten Männer und Frauen, kundgibt. Die Verfassung der Deutschen Republik ist von einer nach den gleichen Grundsätzen gewählten Nationalversammlung zu beschließen.
2. Neben dem Reichstag besteht der Reichsrat. Seine Mitglieder werden von den Landtagen gewählt. Sie können nicht zugleich Mitglieder des Reichstages oder eines Landtages sein. Der Reichsrat ist an der Gesetzgebung und an der Aufstellung des Reichshaushaltes zu beteiligen. Ihm steht gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze ein Einspruchsrecht zu. Der Einspruch hat lediglich aufschiebende Wirkung. Zur erneuten Beschlußfassung des Reichstages bedarf es keiner qualifizierten Mehrheit. Die Bildung weiterer, insbesondere ständischer Organe oder Einrichtungen wie der früheren Reichswirtschaftsräte, die an der gesetzgebenden Gewalt des Reiches zu beteiligen wären, wird abgelehnt, da sie in keinem Falle geeignet sind, das Gesamtinteresse des Volkes zu vertreten.
3. An der Spitze der Deutschen Republik steht ein Präsident, dessen Amtszeit mindestens zwischen der einfachen und doppelten Legislaturperiode des Reichstages liegen soll.
4. Die vollziehende Gewalt liegt bei der Reichsregierung. Diese bedarf des Vertrauens des Reichstages. Ein Mißtrauensvotum führt nur dann zu dem Rücktritt der Regierung, wenn binnen einer bestimmten Frist eine neue Regierung gebildet wird.
5. Die Verfassung darf keine Bestimmung über ein Notstandsrecht enthalten, die dem Parlament gestattet, sich der politischen Verantwortung zu entziehen.
6. Für die Deutsche Republik ist ein Staatsgerichtshof einzurichten, der für Verfassungsstreitigkeiten und Ministeranklagen ausschließlich zuständig ist.

C

1. Die Verfassung hat die Grundrechte und Grundpflichten eines jeden Deutschen zu enthalten. Die unveränderlichen Ideen der Menschenwürde, der Freiheit und Gerechtigkeit, der Achtung vor der Religion und der politischen Überzeugung des anderen, aber auch der Verpflichtung der einzelnen gegenüber der in einem Staat zusammengefaßten Lebensgemeinschaft müssen ein wesentlicher Bestandteil des staatlichen Lebens und der Verfassung sein.
2. Der Mensch ist berufen, in der ihn umgebenden Gemeinschaft seine Gaben in der Freiheit und in der Erfüllung des Sittengesetzes zu seinem und der anderen Wohle zu entfalten. Es ist die Aufgabe des Staates, dem Menschen hierbei zu dienen.
3. Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Er ist daher in der Verfassung zu ächten.

D

1. Gesetzgebende Gewalt

- a) Die Bestimmung der Zuständigkeiten wird reichsgesetzlich geregelt. Die Finanz- und Steuerhoheit, die Regelung des Finanz- und Lastenausgleiches ist Sache der Reichsgewalt. Die einheitliche Finanzpolitik ist notwendig, weil sie ein wesentliches Mittel zur Lenkung der Wirtschaft ist und weil der Neuaufbau eine gerechte Lastenverteilung verlangt. Innerhalb dieser Grenzen bleibt den Ländern und Selbstverwaltungskörperschaften das Recht, die ihnen überlassenen Einnahmequellen heranzuziehen.
- b) Das Recht, Gesetze vorzuschlagen, liegt ausschließlich bei dem Reichstag oder bei der Reichsregierung. Die Gesetze werden vom Reichstag beschlossen. Ein Volksentscheid ist nur für bestimmte in der Verfassung festzulegende Fälle unter Wahrung bestimmter Verfahrensvorschriften möglich.

2. Vollziehende Gewalt

- a) Regierung; Regierungsfunktionen mit Hoheitscharakter sind ausschließlich Sache der Reichsgewalt.
- b) Verwaltung; Reichseigene Sonderverwaltungen sind nur ausnahmsweise zulässig. Die Verwaltung wird in der Regel auf den Gebieten, die der Reichsgewalt zustehen, in deren Auftrag von den Ländern ausgeübt. Der Auftrag kann sich auch auf die organisatorischen Formen der Durchführung erstrecken (dezentralisierte Verwaltung).

3. Richterliche Gewalt

Die Einheit des Rechts in Deutschland wird nur durch eine Einheit der Rechtsprechung gesichert. Diese kann nur durch Reichsgerichte gewährleistet werden.

E

Aufbau der Länder

Die augenblicklichen Ländergrenzen können nur als vorläufige angesehen werden. Die endgültige Festlegung wird erst dann möglich sein, wenn die deutschen Grenzen feststehen und die Zonen Grenzen nicht mehr als politische Trennungslinien wirken. Die Aufgliederung der Deutschen Republik soll einen sinnvollen Ausgleich der Länder untereinander herbeiführen und die Hegemonie eines einzelnen Landes ausschließen. Die Länder sollen Gebiete umfassen, die kulturell, wirtschaftlich und verkehrstechnisch möglichst eine geschlossene Einheit bilden. Sie müssen genügend groß sein, um eine eigene innere Tragfähigkeit zu besitzen und um den ersten Ausgleich in sich selbst vollziehen zu können. Damit wird zugleich ein einfacher und übersichtlicher Verwaltungsaufbau ermöglicht und eine lebendige Anteilnahme der Bevölkerung auf allen Stufen der Verwaltung gewährleistet. Gebiete einseitiger Struktur oder Gebiete, denen wesentliche Lebensgrundlagen fehlen, eignen sich nicht zur Zusammenfassung, da sie in jeder Krise die nächsthöhere Instanz zur Hilfe heranziehen müssen.

F

Die Landesgewalt

Die Landesgewalt wird durch den Landtag und die Landesregierung ausgeübt. Der Landtag geht aus allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen aller wahlberechtigten Männer und Frauen hervor. Für die Länder sind zwei Kammern abzulehnen. Die Länder bedürfen keines besonderen Staatspräsidenten.

G

Aufbau der Landesverwaltung

Der Aufbau der Verwaltung in den Ländern ist Landesangelegenheit. Durch reichsgesetzliche Richtlinien kann gewährleistet werden, daß die den Ländern übertragenen Auftragsangelegenheiten gleichmäßig und ohne Reibungen durchgeführt werden. Erfüllt ein Land die ihm nach Reichsrecht obliegenden Pflichten nicht, so wird es zur Erfüllung des rechtmäßigen Zustandes angehalten.

H

Die gemeindliche Selbstverwaltung

Die Gemeinden haben in ihrem Gebiet unter eigener Verantwortung alle öffentlichen Aufgaben wahrzunehmen, soweit diese nicht nach gesetzlichen Vorschriften anderen Stellen ausdrücklich zugewiesen sind (Universalitätsprinzip). Die Sozialdemokratie fordert daher eine Erweiterung des Wirkungsbereiches der gemeindlichen Selbstverwaltung. Die Größe der Gebietskörperschaften hat dem erweiterten Aufgabenkreis Rechnung zu tragen.

An die Deutschen richtete der sozialdemokratische Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen die Worte:

„Staatsformen allein waren noch nie ausreichende Garanten für ein friedliches Zusammenarbeiten der Völker. Staatsformen können — das haben wir selbst nach 1933 gesehen — durch einen revolutionären Akt beseitigt werden, wenn sie mit den ökonomischen und sozialen Spannungen nicht mehr übereinstimmen. Entscheidend war

immer und wird auch künftig immer bleiben, die Gesinnung der Mehrheit des Volkes und ihre Besinnung auf ihre soziale Verpflichtung nach innen und eine wirklich echte weibürgerliche Einstellung nach außen." (Walter Menzel)

An die Politiker der ganzen Welt richtete der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einen dringenden Ruf:

„Wir müssen auch sagen, daß die Konstituierung eines neuen Europa auf einer neuen Ebene erfolgen muß, und daß es unmöglich ist, Deutschland viermal nach den Vorbildern von vier Besatzungsmächten zu gestalten, und daß Deutschland als Ganzes auch nicht das Vorbild eines oder mehrerer anderer Kontinente annehmen kann, genau so wenig, wie das Europa kann.“ (Kurt Schumacher)

Mit tiefem Ernst wies der sozialdemokratische Wirtschaftsminister des Landes Niedersachsen, Alfred Kubel, auf die Erschwerung eines deutschen Wiederaufbaus durch die Besatzungsmächte an Hand von zwei Beispielen hin:

„Ich erinnere weiter daran, daß ein großer Teil der deutschen Industrie zwar die Kohle aus deutschen Kontingenten bekommt, aber gegen befehlsmäßige Aufträge an die Besatzungsmächte liefert. Ich erinnere daran, daß der weitaus größte Teil der deutschen Zementproduktion oder vielmehr die ganze Zementproduktion aus deutschen Kohlenkontingenten dotiert wird, aber der größte Teil der Produktion geht an die Besatzungsmächte.“

Um allen Demagogen jedweder Richtung von vornherein das Wasser abzugraben, verlangt darum Werner Jakoby, Iserlohn:

„Wir müssen uns bei der Formulierung gewisser Fragen, bei der Einbringung von Gesetzen, bei der politischen Arbeit in Regierung und Verwaltung gewissenhaft davor hüten, in irgendwelchen Kreisen der Bevölkerung die Meinung aufkommen zu lassen, als wenn wir auch nur über eine Scheinsouveränität verfügten.“ (Zustimmung.)

Mit tiefer Sorge um die Zukunft einer neuen deutschen Republik gab der sozialdemokratische Oberbürgermeister der Stadt Kiel, Andreas Gayk, zu bedenken:

„Was wir heute in Deutschland angesichts seiner bedrückenden Situation brauchen, sind arbeitsfähige Regierungen auf der einen Seite und eine verdantwortungsbewußte Opposition auf der anderen. (Beifall.) Dabei ist es ganz gleichgültig, ob diese Opposition nun jeweils die CDU oder auch einmal die Sozialdemokratische Partei wäre.“

Die deutsche Einheit

„Die Zerreißung Deutschlands in Ost und West würde die Zerreißung des europäischen Kontinents bedeuten, wäre der erste Schritt zu einer Katastrophe.“

(Salomon Grumbach, Frankreich)

In voller Übereinstimmung mit dem Parteitag stellte in logischer Folge Kurt Schumacher fest:

„Das Streben der deutschen Sozialdemokratie geht auf Deutschland als eine ökonomische, nationale und staatsrechtliche Einheit.“

Walter Menzel begründete im einzelnen:

„Unser Ringen um die Neugestaltung der Wirtschaft, unser Suchen nach einer besseren, sozialeren und gerechteren Verteilung des Grund und Bodens und des Wirtschaftsproduktes ist sinnlos, wenn Deutschland auseinanderfällt.“

Den aus machtpolitischen Gründen auswärtiger Mächte entsprungene Wunschen auf eine möglichst dauernde Zerreißung Deutschlands spielen die Partikularisten in die Hände. Kurt Schumacher reißt ihnen die Maske vom Gesicht:

„Wenn wir einmal den Partikularismus seiner romantischen Verkleidung entledigen, dann werden Sie ja wissen, daß da ein sehr handfestes Stück sozialökonomischer Interessenpolitik liegt, und daß der Partikularistenstaat in Wahrheit in seinem Rahmen ein sehr zentralistischer Staat ist, der allen seinen nachgeordneten Stellen die Freiheiten verweigert, die er selbst den übergeordneten Stellen nicht gewähren will.“

Der sachkundige deutsche sozialdemokratische Minister vermag dies nur zu bestätigen:

„Die Katastrophe der Kriegsjahre hat die einzelnen Teile Deutschlands ganz verschieden betroffen. Nur das Reich kann die nötigen, gerechten und sozial ausgleichenden Maßnahmen treffen, um diejenigen Gebiete, die ortsverhältnismäßig wenig unter dem Krieg gelitten haben, in einem erhöhten Maße zu den Lasten heranzuziehen als diejenigen Länder, bei denen die Kriegsgeldder so furchtbares Elend angerichtet hat. Es wäre nicht zu verantworten, diese Entscheidungen den-

Ländern in eigener Souveränität zu überlassen, denn es würde dazu führen, daß die zerstörten Teile Deutschlands mehr Steuern erheben müßten als diejenigen, die vorschon gelitten sind.“

(Walter Menzel, Düsseldorf)

Die deutschen Länder

„Jede Länderverfassung aber sollte mit dem Satz anfangen, daß die Länder nur Bestandteil der Deutschen Republik sein können.“ (Lebhafter Beifall.)

Auch die Fragwürdigkeit der jetzigen zufälligen Ländergrenzen stellte Walter Menzel in seinem grundlegenden Referat klar heraus:

„Wir sind der Auffassung, daß die jetzigen Ländergrenzen nicht als endgültig angesehen werden dürfen. Nach zwei so gründlich verlorenen Weltkriegen sind die auf alten dynastischen Interessen beruhenden Grenzen weitgehend überholt. Wir werden uns entschließen müssen, aufgebaut auf den Grundsätzen einer vernünftigen strukturellen Raumplanung, Gebiete zu schaffen, die wirtschaftlich, verkehrstechnisch und kulturell eine geschlossene Einheit bilden und dadurch eine eigene innere Tragfähigkeit besitzen. Sie müssen in der Lage sein, den ersten Ausgleich in sich selbst zu vollziehen.“

Carlo Schmid, Tübingen, konnte nicht umhin, ebenfalls aus der Praxis auszusagen:

„Die Verfassungen der Länder sind praktisch nichts anderes als Literatur. Es kann ja jeder Quartiermacher, jeder Militärpolizist ihre Grundrechte gegenstandslos machen. Die Landtage sind ja nur weithin wenigstens insoweit souverän, als die Besatzungsmächte ihnen das von Fall zu Fall erlauben.“ (Sehr gut!)

Ganz eindeutig wandte sich Walter Menzel unter Zustimmung des Parteitag gegen gefährliche Bestrebungen einzelner Länder:

„Wir lehnen die Einsetzung eines Staatspräsidenten in den Ländern kompromißlos ab, weil sie eine zu starke Betonung föderalistischer Elemente wäre und zu leicht zum Separatismus führen könnte.“

„Wir müssen uns gegen die Einrichtung einer zweiten Kammer in den Ländern wenden.“

Hingegen bejaht die Sozialdemokratie jede wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Zonen. Für den Zusammenschluß der britisch-amerikanischen Zonen erhofft Kurt Schumacher:

„Die Anziehungskraft einer wirtschaftlich gesundenen Bizonen wäre ungeheuer.“

Steuerpolitik und Lastenausgleich

„Wir alle, und vor allen diejenigen, die als Vertreter des Volkes in die Parlamente einziehen, müssen uns gegenseitig und uns selbst dazu erziehen, nicht nur mit dem eigenen Taler, sondern auch mit dem Pfennig des Nachbarn sparsam umzugehen.“

Diese Worte aus dem Referat Walter Menzels beleuchten eindeutig die Stellungnahme der Sozialdemokratie. Mit rücksichtsloser Offenheit folgerte es der Referent aus folgenden Tatsachen:

„Bei den Lasten, die das nationalsozialistische System und der Krieg dem deutschen Volke aufgebürdet haben, wird mehr als die Hälfte des deutschen Volkseinkommens, d. h. die produktive Leistung, auf Jahrzehnte hinaus in Steuern umgelenkt werden müssen. Damit wird die Steuerpolitik mehr denn je ein wesentlicher Bestandteil der allgemeinen Wirtschaftspolitik werden.“

„Da auch im Staatsleben die Macht immer da ist, wo das Geld verteilt wird, erhalten die manchmal etwas trocken ammutenden Gesetze über die Steuerhoheit, den Finanz- und Lastenausgleich zugleich die Grundlagen der wirklichen Machtverteilung.“

Die Selbstverwaltung

„Die Selbstverwaltung ist ein wesentliches, vielleicht das wesentlichste Instrument einer wirklichen Demokratie.“

(Walter Menzel, Düsseldorf)

Aus der Praxis eines sozialdemokratischen Innenministers einer aus fast allen Parteien seines Landes zusammengesetzten Regierung heraus fordert jedoch der gleiche Redner:

„Die soviel angefeindete Kommunalverwaltung muß bleiben. Sie ist das, was wir auf dem Gebiet der Wirtschaft als Planung und großräumige Lenkung bezeichnen. Sie soll die Fülle der Erfahrungen, die sie als Aufsichtsinstanz aus ihrer höheren Warte heraus sammeln kann, zugunsten der übrigen Selbstverwaltungskörperschaften verwenden, sie beraten und lenken.“

Die Landesorganisation Hamburg hat die Erfahrungen ihrer Verwaltungsarbeit dem Parteitag als Antrag vorgelegt, den dieser einstimmig zum Beschluß erhob:

Durch das Hitlerische System der Parteibuchbeamten wurde die Verwaltung zu einem volksfeindlichen Instrument der Diktatur gemacht.

In einem demokratischen Rechtsstaat ist die Verwaltung jedoch das Vollzugsorgan des Volkswillens, der seinen Ausdruck findet in freien Wahlen zu den Parlamenten und den von diesen gegebenen Gesetzen.

Die Verwaltung kann dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn nicht nur an ihrer Spitze, sondern auch in allen ihren Teilen und Funktionen einwandfreie demokratische Männer und Frauen wirken, die in ihrer eigenen Person vom Geiste echter Demokratie durchdrungen und bereit sind, diesen Geist auch in die Bevölkerung hinauszutragen, um so das Band zwischen dem Volke und seinen ihm durch die Diktatur entfremdeten Vollzugsorganen wieder fester und enger zu knüpfen. Die Sozialdemokratie vertritt daher nach wie vor das demokratische Recht aller Staatsbürger, auch wenn sie Staatsbedienstete sind, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren und in Schrift und Rede frei und gleichberechtigt mit den anderen Staatsbürgern am Neubau des Gemeinwesens auch öffentlich mitzuwirken.

Der Reichsparteitag ist sich darin einig, daß bei der Besetzung von Funktionsstellen in der Verwaltung jegliche Begünstigung aus lediglich parteipolitischen Zugehörigkeiten abzulehnen ist. Er ist aber ebenso einig darin, daß bei gleicher fachlicher Eignung den erwiesenen Gegnern der Hitlerdiktatur und auch denjenigen Personen, die sich von ihr ferngehalten haben, vor den ehemaligen Mitgliedern der Naziorganisationen bei der Verwendung in der Verwaltung der Vorzug zu geben ist.

Der Reichsparteitag beauftragt daher die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierungen und die sozialdemokratischen Fraktionen der Länder-, Kreis-, Stadt- und Gemeindeparlamente, nichts unversucht zu lassen, um zu verhindern, daß ehemalige Angehörige von Naziorganisationen durch Einräumung eines Rechtsanspruchs auf WiederEinstellung in die Verwaltung begünstigt werden und dadurch fachlich geeignete Nichtmitglieder der ehemaligen Naziorganisationen aus der Verwaltung wieder entfernt werden oder neuen fachlich geeigneten und demokratisch zuverlässigen Kräften die Mitarbeit in der Verwaltung versperrt wird.

Der Reichsparteitag verpflichtet alle Sozialdemokraten in der Verwaltung zu vorbildlicher Arbeitsleistung, absoluter Unbestechlichkeit und beispielhaftem Verhalten im Umgang mit der Bevölkerung. Auch nach ihrer Berufung bleiben sie hierfür der Partei verantwortlich.

Mit der gleichen Treue, in der sie im Geiste der Demokratie in der Verwaltung dienen, wird die Partei sie gegen alle Verleumdungen und unbewiesenen Verdächtigungen schützen.

Unmißverständlich warnend fügte Kurt Schumacher unter dem Beifall der Versammlung hinzu:

„In keinem Fall steht heute die Bürokratie in ihrer Größe noch in einem erträglichen Verhältnis zum Ergebnis des wirtschaftlichen Produktionsprozesses. Große Teile der Bürokratie müssen aus der Administration heraus und in die Produktion hinein. Die Bürokratie aber wächst nicht nur auf dem zentralen Sektor lawinenmäßig an. Die Länder, die diesen Vorgang bei den Zentralämtern so kritisch betrachten, leiden unter derselben Bürokratie im gleichen Umfang. Und die private Wirtschaft, die die Bürokratie der zentralen Instanzen und der Länder kritisiert, hat selbst eine Bürokratie, die maßlos übersteigt ist und sich von der staatlichen und kommunalen Bürokratie nur dadurch unterscheidet, daß sie sich schwer bezahlen läßt... Die Entscheidungen müssen von der Bürokratie fort und fest in die Hände des Wirtschaftsrats gelegt werden.“

Sozialistische Wirtschaftspolitik

„Auf uns lastet noch die schwere Erinnerung an den Notwinter, der hinter uns liegt, und jeden Tag quält uns die Angst vor dem kommenden.“ (Erich Ollenhauer)

„Das menschliche Leben muß höher stehen als alle Sachgüter. Darum ist ein nächster Winter ohne Verbesserung der Ernährungslage und ohne Sicherung des Lebens durch Hausbrandvorsorgung eine Unmöglichkeit. Es ist eine falsche Rechnung, etwa jetzt den Hausbrand der Industrie zuweisen zu wollen. Wenn man diese kurzfristige Politik macht, erreicht man damit nur, daß im nächsten Winter aus einem großen generellen Notstand heraus das Mehrfache von dem an Kohlen gestohlen wird, was jetzt an Hausbrand verteilt werden kann. (Sehr richtig! — Beifall.) Und dazu kommt noch als soziale Zwangsläufigkeit das organisierte Gangsterlum des Schwarzen Marktes, das sich einer solchen Notlage natürlich gern bedient.“

Mußte der vorflossene Notwinter, wird ein kommender Notwinter wirklich ein unabhängiges Geschehen sein? Kurt Schumacher gab in seinem Hauptreferat eine Antwort:

„Wir stehen heute in Deutschland in Wahrheit mitten in einem Bürgerkrieg, der mit ökonomischen Mitteln ausgefochten wird (sehr richtig!); wobei die Anwendung der Mittel leider überwiegend in der Hand unserer politischen und klassenmäßigen Gegner liegt mit Wissen und Willen und Duldung aller militärischen Regierungen in Deutschland.“

Er verschweigt nicht, daß selbstverständlich an der schwierigen Gegenwartsfrage auch eine ihm unverständlich erscheinende Reparationspolitik mitschuldig ist:

„In Wahrheit hat Deutschland an Reparationen mehr geleistet, als ihm rechnermäßig an Forderungen bereits zugemutet worden ist.“

Die Erfahrungen nach 1919 haben die Sozialdemokraten darauf hingewiesen, daß die Kräfte einer innerdeutschen Reaktion sich vorwiegend der Wirtschaft bedienen, um politische Zustände nach ihrem Willen zu lenken. Das nächste große Ziel jeder planenden Wirtschaftspolitik muß darum eine dem kleinen Mann gerecht werdende Währungsreform sein. Kurt Schumacher erinnert mit Recht:

„Schon einmal ist durch eine falsche Handhabung der Währungsreform der Boden für die deutsche Gegenrevolution vorbereitet worden. (Sehr richtig!) Das war damals, als man den Sparern alles nahm und den Sachwertbesitzern alles ließ.“

Daraus folgte:

„Eine Währungsreform ist nur zukunftsfruchtig und erfolgversprechend, wenn sie untrennbar mit dem gerechten sozialen Lastenausgleich gekoppelt ist.“

In langen und eingehenden Beratungen haben die Sachverständigen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der deutschen Sozialdemokratie eine Stellungnahme zur Wirtschaftspolitik erarbeitet, die Erik Nölling in seinem einschlägigen Referat umriß:

„Wir wollen: Die wirtschaftliche Verfügungsgewalt in den maßgebenden Grundstoffindustrien geht vom Volke aus. Juristischer Eigentümer in diesen Bezirken ist das Volk, repräsentiert durch den demokratischen Volksstaat. Lenkung und Leitung der sozialisierten Industrie erfolgt dagegen durch Organe einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen und im Rahmen des generellen Lenkungsplanes unter Wahrung des Erfolgstrebens für die einzelnen Unternehmungen. Die in diesen Industrien tätigen Arbeiter und Angestellten sind berufen, neben ihren Gewerkschaften an der Betriebsführung und Verwaltung des betreffenden Wirtschaftszweiges mitzuwirken.“

Dies auf der Grundlage dieser Einstellung ausgearbeitete

Resolution zur Wirtschaftspolitik

wurde vom Parteitag einstimmig angenommen:

Die Auswirkungen der Mißwirtschaft der Nazis und ihres Krieges, die beide in Wahrheit nur die Fortsetzung monopolkapitalistischer Politik mit anderen Mitteln waren, spitzten sich immer mehr zum Kampf um Leben und Sterben der breiten Massen des deutschen Volkes zu. Zwar veruchen auch heute noch Millionen Deutscher durch ehrliche, produktive Arbeit das zu erzeugen, was mit einem durch den Krieg zerstörten, durch Zonengrenzen und Demontagen desorganisierten Produktionsapparat von halbverhungerten Menschen erzeugt werden kann. Aber ihre auf Aufbau gerichteten



Paul Loabe und Robert Dillmann

Foto: Düwel, Hannover

Anstrengungen sind den Kräften unterlegen, die in Deutschland auch heute noch eine Politik der Ausbeutung und der Profitmacherei treiben wollen. Diese innerdeutschen reaktionären Kräfte suchen und finden Unterstützung und Ergänzung durch von außen kommende Faktoren, die teils die deutschen Verhältnisse nicht genug kennen, um ihre Macht und Verantwortlichkeit positiv einzusetzen zu können, teils die Zusammenhänge des deutschen Problems mit den wohlverstandenen Interessen ihrer eigenen Völker nicht sehen und nicht respektieren.

Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist es, den Deutschen, die guten Willens sind, gegen die Widerstände von innen und außen die Voraussetzungen dafür zu erkämpfen, daß ihre Arbeit und ihre Opfer sinnvoll werden.

An den Anfang jeder Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Problemen muß der Appell an das Verständnis der Welt gestellt werden. Das deutsche Volk kann aus eigener Kraft ohne die Hilfe der Siegermächte und aller anderen, an der Weltwirtschaft beteiligten Nationen seine Volkswirtschaft und damit sein nationales Leben nicht wieder aufbauen. Es würde aber dem Lebens- und Leistungswillen der Deutschen widersprechen, wenn diese Hilfe nur in Form von Almosen gewährt würde, die gerade ausreichen, um nicht alle Deutschen verhungern zu lassen. Vielmehr muß die materielle Hilfe in einer Form und in einem Umfang, aber auch in einem Tempo geleistet werden, daß sie zur Initialzündung wird, die die deutsche Friedensproduktion so in Gang setzt, daß sie den Bedürfnissen der Deutschen und ihrer wirtschaftlichen Nachbarn gerecht werden kann. Im Europaplan der Vereinigten Staaten von Amerika muß auch Deutschland als ein vollwertiger Faktor und nicht nur als Objekt eingeschaltet werden. Sicherung der Ernährung, großzügige Kapital- und Rohstoffkredite, Holz- und Kohlenmoratorium; Exportmöglichkeiten für deutsche Qualitätszeugnisse und keine weiteren Demontagen von Anlagen der Friedensproduktion sind die Mittel dazu.

Ein neuer Ordnungsrahmen auf sozialistischer Grundlage muß für die deutsche Volkswirtschaft geschaffen werden. In ihm sollen die zu sozialisierenden Grundstoffindustrie und die staatlich kontrollierten Finanzinstitute ein wichtiges Element sein. Sozialisierung und Kontrolle dieser Teile der Wirtschaft sind durch die Entwicklung aus einer vorausschauenden Forderung der Sozialisten zu der aktuellen deutschen Lebensfrage geworden. Ohne ihre konsequente Lösung können die sozialen Spannungen, die insbesondere durch die Kriegsfolgen auf die Spitze getrieben wurden, nicht befriedigend gelöst werden. Eine solche Lösung ist aber gleichzeitig die Voraussetzung dafür, daß in einer geplanten und gelenkten Wirtschaft neben den sozialisierten Industrien und Betrieben der freie Unternehmer auch in Zukunft wichtige marktwirtschaftliche Funktionen erfüllen kann.

Die Planung, die der Volkswirtschaft Ziel und Wege weist, ist wegen ihrer Bedeutung für alle Deutschen unter die Kontrolle einer zentralen parlamentarischen Körperschaft zu stellen, um den Einfluß privater und partikularistischer Interessenten auszuschalten. Zentrale Planung schließt bei der praktischen Gestaltung der Wirtschaft die Grundsätze einer organischen Dezentralisation nicht aus. Ebenso wie nach den klaren Vorstellungen der Sozialdemokratie Sozialisierung nicht Staatswirtschaft oder Bürokratisierung bedeutet, soll auch die Verwaltung der Wirtschaft auf das notwendige Maß beschränkt werden. Freier Raum für die Entfaltung der Initiative aller an der Wirtschaft beteiligten Menschen muß gesichert sein. Echte Wirtschaftsdemokratie ist die Voraussetzung dafür, daß die arbeitenden Menschen zu den Anstrengungen bereit sind, die allein im Stande sind, den sich jetzt vollziehenden Auflösungsprozeß aufzuhalten.

Erste Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik ist heute die Sicherung des Lebens gegen Hunger und Kälte. Auf die Versorgung der Bevölkerung mit den dringendsten Gegenständen des täglichen Bedarfs müssen die verbliebenen und neu zu erschließenden Produktionsmöglichkeiten konzentriert werden. Angesichts der beispiellosen Not, welche die wirtschaftlich Schwachen, die zugleich die wichtigsten Träger der nationalen Arbeitskraft sind, bedroht, muß diese Konzentration ohne Rücksicht auf privatwirtschaftliche Spekulationen erfolgen.

Wenn so alle Kräfte auf die eine Aufgabe konzentriert werden, die gegenwärtigen chaotischen Zustände zu überwinden, muß vor allem dafür Sorge getragen werden, daß niemand von dem Erfolg dieser Anstrengungen mehr profitieren darf, als er zu ihm beigetragen hat. Das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit muß zum tragenden Prinzip der neuen Wirtschaftsordnung werden. Es muß sich zuerst auswirken in gerechten Löhnen, in einem gerechten Anteil an den Erträgen der Volkswirtschaft. Soziale Gerechtigkeit muß ebenso die Grundlage für die Verteilung aller Lasten sein, die Krieg und Nazismus dem deutschen Volke aufgebürdet haben. Diese Forderung erliebt die Sozialdemokratie insbesondere im Zusammenhang mit der Währungsreform.

Im Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Überlegungen steht für den Sozialdemokraten der Mensch. Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist und bleibt es, den arbeitenden Menschen aus wirtschaftlicher Abhängigkeit und Ausbeutung zu befreien. Die neue Wirtschaft ist nicht Selbstzweck, sie dient nicht den Interessen einzelner. In ihr erst wird die Arbeit für das ganze Volk, aber auch für jeden Arbeitenden persönlich sinnvoll sein.

Erik Nöltling wies darauf hin, daß alle Resolutionen nur ein Stück-Papier bleiben werden, wenn nicht fortgesetzt an jeder nur möglichen Stelle für sie gearbeitet wird:

„Die sozialistische Wirtschaft wird nicht geboren in einem einmaligen Gesetzgebungsakt. Sie ist ein Konstruktions- und ein Gestaltungsproblem und sie wird nur dann morgen da sein, wenn wir heute für sie arbeiten.“

Zur Sozialisierung

Böswilligen Gegnern und -unklaren Freunden mußte Erik Nöltling sagen:

„Sozialisierung ist nicht identisch mit Verstaatlichung. Die Aufgabe ist nicht damit gelöst, daß man die Eigentumsitel umschreibt und den Verwaltungsbezirk in einen Naturschutzpark für tintensaufende Bürokraten verwandelt.“ (Heiterkeit und Beifall.)

Kurz und bündig verlangte Kurt Schumacher:

„Wir sollten der Welt zeigen, daß sozialisierte Unternehmungen realer und kreditwürdiger sind als deutsche Unternehmer.“

Erik Nöltling fügte warnend hinzu:

„Die Sozialisierung darf weder zu einer starren Einförmigkeit, noch darf sie zu einer unerträglichen Freiheitsberaubung führen.“

Sozialistische Landwirtschafts- und Ernährungspolitik

„Wir wissen, daß ohne die Hilfe des Auslandes Millionen von Menschen in Deutschland in den letzten Monaten des Hungers gestorben wären.“

„Wir hoffen, ... daß wir bald in die Lage kommen, unseren Bedarf im Ausland durch die Erträge unserer Arbeit bezahlen zu können.“

Wies Erik Nöltling mit den vorstehenden Sätzen eindeutig auf unsere Abhängigkeit von der Einsicht des lieferungsfähigen Auslandes hin, zeigte Kurt Schumacher auf die schwer überschobenen Gründe unserer Hungerkatastrophe:

„Bei der deutschen Hungerkrise handelt es sich nicht um vorübergehende Versorgungsschwierigkeiten. Es fehlen nicht nur die Marktüberschüsse der Ostgebiete, es fehlt sehr viel anderes. Es fehlt der Kunstdünger, es fehlt der Stickstoff. Östlich und westlich der großen Mauer haben wir aus politischen Gründen Hunger, nämlich deswegen, weil man aus politischen Gründen entweder industrielle Hilfsmittel der Landwirtschaft zerstört hat oder aus politischen Gründen eine falsche, produktionsmindernde Agrarpolitik gemacht hat. Dieser politische Hunger muß auch mit politischen Hilfen bekämpft werden.“

Zu keiner Zeit in ihrer langen Parteilgeschichte haben verantwortliche Mitglieder der Sozialdemokratie den Besitz des Bauern, der in redlicher Arbeit sein Anwesen bewirtschaftet, weder in der Theorie noch in der Praxis anzutasten versucht. Unter Beifall des von Vertretern aller deutschen Länder besuchten Parteitages stellte Erik Nöltling eindeutig fest:

„Der Bauer auf eigener Scholle kann im Gegensatz zum Großgrundbesitzer, in dem wir den traditionellen Träger einer feudalistisch militaristischen Gesinnung erblicken, als der 'ewige Mensch' angesehen werden, der schon lange vor dem Kapitalismus geschaffen wurde und sich in allen Stadien der kapitalistischen Wirtschaft ungebrochen behauptet hat und darum auch die kapitalistische Phase überdauern wird.“

Der zuständige Referent im Parteivorstand, Herbert Kriedemann, erweiterte diese Feststellung:

„Die Bauern sind keine reaktionäre Masse. Laßt ja nicht bei uns etwa diese Vorstellung jetzt wieder Boden gewinnen.“

Gerade aus der Hungerkatastrophe der Gegenwart zieht er die Folgerung, daß es auch in der Landwirtschaft auf die besseren Beziehungen des landarbeitenden Menschen zu seiner Arbeit ankomme:

„Unsere Gegner reden immer mit Vorliebe über Kunstdünger und Maschinen, wenn von der notwendigen Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung gesprochen wird. Wir dagegen weisen darauf hin, daß es darauf ankommt, den Menschen in eine bessere Beziehung zu dieser Arbeit zu bringen. Unserer Auffassung nach soll der Boden in das Eigentum jener kommen, die ihn bearbeiten. Darum können wir in der Bodenbesitzreform keine Kompromisse ertragen.“

Aus den Erfahrungen seiner Bauernarbeit heraus stellt Hans Schelter, Welden/Opf., fest:

„Wenn der Bauer einmal gesehen hat, daß die Sozialdemokratische Partei sein Interesse wahr, wird er für uns ein so treuer Anhänger werden, wie wir es von ihm erwarten.“

Warum auch nicht? War doch jeder Delegierte mit Herbert Kriedemann einer Meinung:

„Auch die Menschen, die auf dem Lande leben, gehören zu den arbeitenden Menschen.“

Diese Einmütigkeit zeigte sich auch in der einstimmigen Annahme der von den Sachverständigen des Agrarpolitischen Ausschusses vorgelegten

Entschließung zur Agrarpolitik

Die Sozialdemokratie bekennt sich zu einer aktiven Agrarpolitik, die aus der deutschen Landwirtschaft ein gesundes und gleichberechtigtes Glied der deutschen Volkswirtschaft werden läßt. Der politische Mißbrauch, den die reaktionären Kräfte mit der ländlichen Bevölkerung getrieben haben, hat der Landwirtschaft so schwere wirtschaftliche Schäden zugefügt, daß sie heute nicht instande ist, ihren vollen Beitrag zur Erhaltung des deutschen Volkes zu leisten und daß sie morgen in der Gefahr schwebt, unterzugehen, wenn sie — ohne die der Volkswirtschaft und der Volksernährung schädlichen Schutzzölle — mit der Weltagrarpolitik konkurrieren muß.

Als Partei aller arbeitenden Menschen fühlt sich die Sozialdemokratie auch für die Deutschen verantwortlich, die den Boden bebauen und so mit ihrer Arbeit dem Volk Brot geben. Sie bestrittet den Parteien, die heute in einem neuen Gewande die Politik der früheren Deutschnationalen und anderer Reaktionäre fortsetzen, den Anspruch, im Namen aller Bauern zu sprechen. Das wachsende Vertrauen der bäuerlichen Bevölkerung zur Sozialdemokratie, das sich in den letzten Wahlen in hunderttausenden Wählerstimmen aus ländlichen Wahlkreisen ausgedrückt hat, gibt der Sozialdemokratie dazu das Recht.

Die SPD tritt dafür ein, daß die Landarbeit, das ist die Arbeit der Bauern und der Landarbeiter, entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung gerecht entlohnt wird und daß sie unter Verhältnissen geleistet werden kann, die eines freien demokratischen Volkes würdig sind. Erste Voraussetzung dafür ist, daß der Boden dem gehört, der ihn bebaut. Deshalb fordert die Sozialdemokratie eine gründliche Bodenreform und lehnt alle Maßnahmen ab, die nicht zu diesem Ziele führen. Sie wird den Kampf darum auch dann fortsetzen, wenn die Besatzungsmächte jetzt solche Schein-Bodenreformen durchführen. Sie tut das in der Überzeugung, daß nur durch eine konsequente und schnelle Aktion soziale Gerechtigkeit auch auf dem Lande hergestellt werden kann, daß nur so den Vertriebenen wirksam geholfen und zugleich die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft gesteigert werden kann. Im einzelnen beharrt die Sozialdemokratische Partei auf den Forderungen ihres „Gesetzesentwurfes für die Bodenbesitzreform“, in dem die oberste Grenze für Grundbesitz in einer Hand auf 100 ha festgelegt ist.

Die Sozialdemokratie will mit ihrer Agrarpolitik die Voraussetzung für eine Leistungssteigerung der Landwirtschaft durch Neuorientierung der Produktion schaffen, weil erst durch einen möglichst hohen Beitrag zur Ernährung des Volkes vom eigenen Boden alle industriellen Anstrengungen, insbesondere aber der industrielle Export sinnvoll werden. Nachdem so lange die deutsche Landwirtschaft von den Großagrariern mit ihren besonderen Interessen beherrscht worden ist, soll die neue deutsche Landwirtschaft eine Bauernlandwirtschaft sein. Die Sozialdemokratie wird alle Maßnahmen unterstützen, die dazu dienen können, der Landwirtschaft die Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen der Planwirtschaft zu erleichtern. Zu diesem Zweck fordert sie besonders nachdrücklich eine Reform der immer noch von reaktionären Kräften beeinflussten landwirtschaftlichen Verwaltung an Haupt und Gliedern und ihre Unterstellung unter parlamentarische Kontrolle bis in die Ebene der kommunalen Selbstverwaltung.

Die SPD begrüßt die Schaffung demokratischer bäuerlicher Berufsorganisationen, denen die Gewerkschaft der Landarbeiter gleichberechtigt an die Seite treten muß. Jeden Versuch aber, den Reichslandbund als ein Instrument der politischen Beherrschung der Bauern und Landarbeiter wieder aufleben zu lassen, wird sie mit allen Mitteln bekämpfen.

Die neue deutsche Volkswirtschaft ist ohne eine gesunde Landwirtschaft nicht denkbar. Aber auch die Erneuerung des politischen und geistigen Lebens unseres Volkes ist nur möglich, wenn die getunden Elemente bäuerlicher Lebenshaltung wirksam werden können. Zu diesem Zweck muß der Bauer, der seinen Acker selbst bestellt, auch wirtschaftlich gesund sein, muß der Bauer, der Haus und Hof infolge des Nazikrieges verloren hat, wieder eine neue Heimat haben, muß auch der Landarbeiter eine gesicherte Existenz finden, die von jedem Überrest der Leibeigenschaft befreit ist. Diesen Zielen dient die sozialdemokratische Agrarpolitik; gemeinsam mit den Bauern wird sie gegen die alte und neue Reaktion durchgesetzt werden.

Wohl kann die große Mehrheit der Bauern sich im Verhältnis zur landlosen Bevölkerung ausreißender ernähren. Die aus diesem Zustand leicht erklärlichen Neidgefühle haben aber der Sozialdemokratie nicht den Blick verdunkelt für die Gefahren, denen Ludwig Bodenecker, Frankfurt a. M., Ausdruck gab:

„Unsere Landwirtschaft geht ganz zweifelsohne schweren Zeiten entgegen. Wenn wir sagen, daß auch für den Bauern ein gerechter Lohn herbeigeführt werden muß, steht, glaube ich, das Problem der Agrarpolitik in all seiner Größe und Schwierigkeit vor uns.“

Sehr aufmerksam verfolgte der Parteitag jene Sätze der Warnung gegen die Weiterführung der Zerstörung des deutschen Waldes, die Magnus Bunk aus Augsburg sprach:

„Wir müssen uns auch als Partei gegen die Zerstörung des deutschen Waldes wenden. Das ist eine Frage, die sehr eng mit der Landwirtschaft verbunden ist. Wenn man diese Tausende und aber Tausende von Hektar des deutschen Bodens, die jetzt vernichtet werden, berücksichtigt, und wenn man weiß, daß diese Wälder auch in Zukunft für den Wiederaufbau Deutschlands überanstrengt werden müssen, dann muß man sich klar sein, daß selbst die notwendige Düngemittelerzeugung nicht mehr genügen wird, um eine intensive Bewirtschaftung durchzuführen, weil die klimatischen und biologischen Verhältnisse sich ändern und dadurch ein laufender Erzeugungsrückgang eintreten wird.“

Der deutsche Arbeiter

Die deutschen Arbeiter haben das unbestreitbare Verdienst, dem Sozialismus aus ihrer Klassenlage heraus den Weg bereitet zu haben. Sie verbanden ihre Hoffnungen aus Erlösung von dem Gegenwartselend am engsten mit den Forderungen des Sozialismus. Den Arbeitern gilt darum folgerecht trotz aller übrigen Sorgen die vorwiegende Aufmerksamkeit der deutschen Sozialdemokraten:

„Wenn man heute Deutschland betrachtet und wenn man sieht, wie die Klassen auseinander streben, wie die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, dann sieht man auch, daß die vom Produktionsprozeß Ausgeschlossen sind und die Leute, die nichts weiter zu verkaufen haben als die Ware Arbeitskraft, ohnmächtig in dieser Welt der Produzentenherrschaft sind. Das Resultat ist, daß die deutsche Arbeitskraft noch niemals einen so geringen Realwert gehabt hat wie heute.“

(Kurt Schumacher)

„Lohnerhöhungen sind kein Mittel zur dauernden Besserstellung des Arbeiters, denn eine Lohnhöhung wird ja nur dann zur Tatsache, wenn die Preise stabil bleiben oder wenn eine entsprechende Produktionssteigerung eintritt.“

(Kurt Schumacher)

Klar und entschieden trennen sich die Sozialdemokraten von den Kommunisten. Denn im Gegensatz zu deren Dummgeglö

„... wollen wir uns da von jeder Revolutionsromantik der Verleumdung freihalten.“

„So wie bisher geht es jedenfalls nicht weiter. Wir verlangen, daß rücksichtslos eingegriffen wird gegen die Auswüchse des Schwarzen Marktes. Dort kann ein Arbeiter und Angestellter, der seinem ehrlichen Erwerb nachgeht, nichts kaufen und sich keine zusätzlichen Lebensmittel beschaffen. Alles, was über den Schwarzen Markt verschwindet, geht den Menschen verloren, die nur auf ihren Verdienst angewiesen sind.“

(Kurt Schumacher)

Niemand konnte sich der schrecklichen Lage vornehmlich der Arbeiterschaft verschließen, die den sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Alfred Kubel geradezu zu einem Notschrei veranlaßte:

„Denn nur eine günstigere Entwicklung der Witterung mag uns, die wir schlechter vorbereitet in den kommenden Winter hineingehen müssen, als wir in den vergangenen Winter gegangen sind, vor dem Eiszeitsturm bewahren.“

Aus der Kenntnis der Arbeitsverhältnisse in seiner angereichen Heimat heraus bat Wilhelm Niebuhr, Essen:

„Ich bitte darum, daß auch die Genossen in Frankreich mit aller Energie sich dem Gedanken entgegenstellen, es sei möglich, den arbeitenden Menschen in den zerschlagenen Großstädten der Ruhr zu größeren Leistungen zu bringen, als er sie bisher vollbracht hat unter Verhältnissen, die nicht einmal denen auf dem Balkan entsprechen.“

Aber nicht nur dem drohenden Leistungsabfall gilt es zu begegnen, sondern der Tatsache, daß sich „eine Entwicklung anbaut, welche zu einer bedenklichen Radikalisierung und zu einer ideologischen Desorientierung der gesamten betrieblichen Arbeiterschaft führt.“

(Adolf Dönnebacke, Berlin)

Kurt Schumacher sieht auch in den Punktsystemen keine Lösung. „Eine Politik der Prioritäten für gewisse Arbeiten ist unvermeidlich. Wir haben eine solche Politik der Prioritäten schon 1945 vollzogen. Aber eine Politik der Prioritäten ist nur eine relativ kurze Periode hindurch möglich. Dann ist es nicht mehr möglich, die bevorzugten Arbeiter vom Schicksal

ihrer Familien zu trennen. Dann ist es auch nicht mehr möglich, diese Familien von anderen Arbeitern und ihren Familien zu trennen."

Er folgert im Namen der gesamten Partei als Grundlage einer jeden zukünftigen Arbeit:

"Die Menschen können eben den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft dann nicht mehr als Äquivalent für das Leben ansehen, wenn es ihnen nicht gelingt, durch ihre Arbeit ihre Arbeitskraft zu reproduzieren."

Betrieb und Gewerkschaft

"Und wollen wir Deutschland aufbauen, so geht das nur aus dem Betriebe heraus. Wenn die Arbeiter, wenn die Schaffenden an der Maschine nicht das politische Gesicht Deutschlands bestimmen, wird das Gesicht Deutschlands zwangsläufig entweder von Kleinbürgern oder von Kapitalisten bestimmt werden. Das haben wir zu verhindern, wenn wir das, was in den großen politischen Referaten hier zum Ausdruck gekommen ist, durchführen wollen."
(Heinrich Schroth, Solingen)

Der Parteitag folgte einstimmig den Warnungen des Berliner Genossen Dünnebacke mit dem Beschluß:

Der Vorstand wird ersucht, eine Studienkommission einzusetzen mit der Aufgabe, die grundsätzliche und taktische Stellung der Partei zu den Gewerkschaften zu klären.

Dieser Beschluß stellt die grundsätzliche Haltung der Bejahung der Gewerkschaften aus Prinzip nicht in Frage, wie Erich Ollenhauer namens der Partei eindeutig feststellte:

"Die Sozialdemokratische Partei steht selbstverständlich wie immer in ihrer Geschichte nach wie vor positiv zur Gewerkschaftsbewegung. (Beifall.) Unsere Auffassung ist, daß die Entwicklung und die Ausgestaltung einer starken Gewerkschaftsbewegung, einer aktiven Gewerkschaftspolitik für den Bestand und den Aufbau der deutschen Demokratie und für die Entwicklung eines sozialistischen Gemeinwesens, eine Lebensnotwendigkeit ist. Es ist die Pflicht jedes Sozialdemokraten, Gewerkschaftsmitglied zu sein, aktiv in der Gewerkschaftsbewegung mitzuarbeiten und für das Anwachsen und für die verstärkte Aktivität der Gewerkschaft tätig zu sein. Wir sehen auch heute in der Gewerkschaftsbewegung die zweite große Säule der deutschen Arbeiterbewegung, von dessen Stärke und Einfluß unendlich viel für die Durchsetzung unserer sozialistischen Vorstellungen abhängt."

Mit Karl A. Brecht, Lübeck, sieht die Partei nur in einer fragwürdigen „Entpolitisierung der Gewerkschaften" eine Gefahr:

"Eine sogenannte Entpolitisierung gibt sich zwar als Neutralität, aber wir wissen sehr genau, daß ja eine Gewerkschaft nie eine entpolitiserte Arbeit treiben kann. Denn sie ist eine Organisation, die versuchen muß, den politischen Kampf zu führen. Aber das Prinzip der Neutralität ist auch hier eine Gefahr, und es fragt sich, wie dieser Gefahr irgendwie entgegenzutreten ist. Wir wissen, daß auf gewerkschaftlichem Gebiet eine Rolle von guten Genossen ihre gute Ansatzfläche für die Arbeit gefunden haben. Nur haben wir den Eindruck, daß sie sich allzu stark mit dem Mantel der Neutralität umgeben. (Sehr richtig!) Die Gewerkschaft ist doch letzten Endes genau auf dem gleichen Boden gewachsen, auf dem auch die Sozialdemokratische Partei gewachsen ist. Und das muß sich auswirken, auch ohne daß die Besatzungsmacht der Gewerkschaft den Makel geben kann, daß sie sich entpolitisiert. Ja, wir wünschen eine politisierte Gewerkschaft, und zwar auf diesem Boden, der unser Boden sein muß."

Darum verlangt Adolf Dünnebacke:

"Notwendig ist, daß eine ganz spezielle sozialdemokratische Gewerkschaftsprogrammatik entwickelt wird, welche den Wandel in den Funktionen und Formen des Klassenkampfes beachtet, wie er sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland und in der Welt gezeigt hat. Das heißt, daß eine Synthese gefunden werden muß zwischen den staatspolitischen Aufgaben und den klassenpolitischen Interessen, welche wir zu beachten haben."

Auch Kurt Schumacher kam in seinem großen politischen Referat nicht umhin, Gefahren, die den Gewerkschaften drohen, mit aller Deutlichkeit aufzuzeigen:

"Die Gewerkschaften in einem totalitären Staat freilich sind niemals Instrument der Arbeiterklasse, sondern Instrumente des Staates zur Beherrschung der Arbeiter. Und dementsprechend versucht die kommunistische Politik, welche sich in der Ostzone natürlicherweise der Gewerkschaften bemächtigen konnte, sich jetzt auch der Gewerkschaften in den Westzonen zu bemächtigen. Man sucht den Mangel

an gewerkschaftliche Funktionen durch eine Überlassung von gewerkschaftsfremden, staatspolitischen Funktionen für die Gewerkschaften zu ersetzen. Die Kommunisten machen jetzt in den Gewerkschaften des Westens den Versuch, diese für sich parteipolitisch zu erobern. Sie rufen damit die Reaktion der früheren christlichen Gewerkschaften und der katholischen Arbeitervereine hervor, und sie erzeugen eine politische Stimmungskrise. Ich sage den guten Gewerkschaftern und den sozialdemokratischen Funktionären in den Gewerkschaften: Ihr könnt das Ziel der politischen Neutralität der Gewerkschaften, das wir bejahen, nicht dadurch erreichen, daß ihr den Gegnern der Sozialdemokratie innerhalb der Gewerkschaften Narrenfreiheit gebt (Beifall). Jetzt müßt ihr als Sozialdemokraten in den Gewerkschaften und in den Betrieben die Genossen um die Fahne der Sozialdemokratie sammeln (Beifall). Die Gewerkschaften sind ja jetzt, wenn sie lohnpolitisch und sozialpolitisch in Funktion kommen, nicht auf diese Funktionen allein angewiesen. Den Gewerkschaften ist eine große Rolle bei der Durchsetzung der Wirtschaftsdemokratie zugebilligt. Und mit wem wollen die Gewerkschaften die Wirtschaftsdemokratie anders durchsetzen als mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands?"

Für die Parteiorganisation gab Erich Ollenhauer unter Beifall des Parteitages eindeutige Hinweise:

"Die notwendige Neutralität der Gewerkschaft in ihrer Arbeit kann nicht die Konsequenz haben, daß wir nun in den Betrieben als Sozialdemokraten unseren politischen Gegnern das Feld überlassen. Es ist unser Wunsch, daß alle Teile der Partei in der nächsten Zukunft dem Ausbau der sozialdemokratischen Betriebsarbeit ihre ganze Aufmerksamkeit zuwenden."

Keine Mittelstandsfeindschaft

Um die Stimmen des Mittelstandes zur Durchsetzung ihrer klassenegoistischen Bestrebungen zu gewinnen, haben die Reaktionen aller Schattierungen dem Mittelstand das Schreckgespenst einer mittelstandsfeindlichen Sozialdemokratie vorgegaukelt. — Ohne den geringsten Widerspruch stellte der Sprecher des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, Erik Nötting, darum unmißverständlich und eindeutig fest:

"Der Handwerker ist keine kapitalistische Figur. Die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung des Handwerks ist unumstritten."

"Der Handel ist seinem Wesen nach keineswegs zwangsläufig kapitalistisch. Er wird im regen Wettbewerb mit anderen Verteilungsformen, namentlich genossenschaftlicher Art, auch weiterhin eine wichtige Rolle innerhalb der Volkswirtschaft zu erfüllen haben."

"Der kleine und mittlere Unternehmer, der noch wirklich als Betriebsleiter seine Funktionen ausübt, fällt nicht unter die Rubrik der Sozialisierung."

Der deutsche Mensch

Die Staatsorganisation hat dem Wohle des Menschen zu dienen; der Mensch wird niemals freiwillig zum widerspruchslosen Werkzeug einer Staatsallgewalt werden, ohne durch unausgesetzten Terror dazu gezwungen zu sein.

"Auf unsere Partei setzen heute Millionen von Menschen, die materiell und geistig in Not sind, ihre Hoffnung. Ihre Hoffnung ist unsere Verantwortung. Diese Verantwortung nimmt uns niemand ab, und wir können uns ihr nicht entziehen. Wir können ihrer nur gerecht zu werden versuchen durch unermüdete und kämpferische Arbeit für das Ziel, das wir uns selbst gesteckt haben, für ein demokratisches, und sozialistisches Deutschland."
(Erich Ollenhauer)

Diesen Millionen deutscher Menschen sagte Walter Menzel unter dem Beifall der Parteitagsdelegierten:

"Wenn wir durch den sozialistischen Neuaufbau der Wirtschaft erreichen wollen, daß nicht mehr der Profit im Mittelpunkt der Wirtschaft steht, sondern der Mensch und seine Arbeitskraft, so darf auch im Staatsleben die Allmacht des Staates und die These ‚Der Staat ist alles, der einzelne nichts!‘ nicht mehr gelten. Auch hier müssen der Mensch und seine Würde Mittelpunkt sein und vor jedem Mißbrauch geschützt werden. Die Grundrechte sollen daher die klaren Grenzen darstellen zwischen dem Staat und dem Individuum."

Kurt Schumacher sprach jedem Sozialdemokraten aus dem Herzen, als er sich gegen alle Arten sklavenähnlicher Zwangsarbeiten wandte:

"Wir können bei zusammenschrumpfenden Sozialprodukten und bei der ungünstigen generations- und geschlechtermäßigen Zusammensetzung des deutschen Volkes diesen Mangel an Industrieexport nicht

„durch einen Menschenexport ausgleichen. Das soll man auch im Zeitalter der Sklavenarbeit und der ewigen Kriegsgefangenschaft nicht vergessen.“

Mit der Feststellung allein ist der gegenwärtigen Not des Menschen nicht beizukommen. Wie groß diese Not ist, stellte Alfred Kubei zusammenfassend fest:

„Aber die Tatsache der ungeheuren moralischen Verlotterung, die sich im kommenden Winter noch steigern wird, die immer weiter um sich greifende Einschläferung des Gewissens, des Willens, Recht vom Unrecht zu unterscheiden, das Anwachsen der brutalen Selbstsucht — das ist es, was unserem sozialistischen Willen so ungeheuer gefährlich ist. Woran sollen wir noch appellieren, wenn diese anständige Gesinnung in steigendem Maße eingeschläfert wird? Wird nicht auch in unseren eigenen Reihen Neid und Mißgunst, Selbstsucht und Gefühllosigkeit gegenüber den Leidenden des Mitmenschen unsere Geschlossenheit gefährden?“

Sozialpolitik

Mit Rudolf Wisselien, dem alten Gewerkschaftler aus Berlin, waren alle Delegierten einig, als er feststellte:

„Die Sozialpolitik ist heute mit zum Zentralproblem auch der Sozialdemokratie geworden.“

Mit rücksichtsloser Offenheit legte er die todesgefährliche Krise der Sozialversicherung offen:

„Die Rentenversorgung ist auf dem Wege, in eine Katastrophe hinabzugleiten. Als seinerzeit die Invalidenversicherung geschaffen wurde, nahm man an, in 50 Jahren das Gleichgewicht zu erreichen, daß die zugehenden und abgehenden Beträge sich etwa ausgleichen. Aber die Geburtenhäufigkeit ging wesentlich zurück. Heute, 1947, treten in das Renteneußalter jene, die 1882 geboren sind. Damals hatten wir auf je 1000 Einwohner eine Geburtenhäufigkeit von 37 bis 38. Heute werden es wahrscheinlich im ganzen Reich keine 15 sein. Die Basis der Versicherung ist wesentlich schmaler geworden. Auch deswegen, weil heute die Arbeitsmöglichkeiten gar nicht im dem Umfange gegeben sind, wie noch in der Vorkriegszeit. Und woher sollen nun die laufenden und zukünftigen Rentenleistungen fließen? Sie können doch nur erarbeitet werden! Sie fließen aus der Arbeit derer, die da schaffen.“

Der Parteitag überwies die vorliegenden Anträge zur Sozialpolitik sämtlich einstimmig dem Sozialpolitischen Ausschuß. Er hielt dieses Gebiet für derartig gefährdend und in seinen Folgerungen bedeutsam, daß in gründlichster und sorgfältigster Beratung der Sachverständigen wirklich Erfolg versprechende Maßnahmen festgelegt werden müssen.

Kulturpolitik

Der Kulturreferent des Parteivorstandes, Arno Hennig, wies darauf hin, daß es ... lange dauern wird, ehe wir die politische und ökonomische Souveränität zurückerhalten werden. Aber kulturell sind wir nahezu souverän. Jedoch nützt die Sozialdemokratie von heute diese Möglichkeit leider nicht entfernt aus. Es ist noch immer so, daß die Kulturpolitik meist das fünfte Rad am Wagen ist.

Nicht weniger anklagend hörten die Delegierten den Genossen Wilhelm Mölles aus Heiden-Oldendorf:

„Wir müssen überall auf kulturellem Gebiete feststellen, daß der Machtwille der Sozialdemokratie noch keineswegs zum Durchbruch gekommen ist und wir müssen mit Nachdruck darauf drängen, daß auf beiden Gebieten — die Verwaltung und das kulturelle Gebiet — unser Einfluß so stark wird, wie es der politischen Struktur der Bevölkerung entspricht.“

Wenn Walter Menzel in seinem Referat feststellte, daß ... die neue Gesinnung geboren werden muß, wenn die neue Zeit bestehen soll“

und Edith Hoereth aus Oberbayern dem entgegenhielt:

„Wenn die Schulbildung so weitergeht, dann wird aus dem deutschen Volk allmählich ein Volk von Analphabeten werden. Denn die Not der Kinder, die physische Not,

die ja jetzt zum Teil etwas durch die Schulspeisung behoben wird, die Lernmittelnote, die Schulraumnot, die Lehrernot, sie sind so groß, daß es nicht möglich ist, den Kindern des Volkes nur die allerelementarsten Grundlagen des Wissens mitzugeben.“

so war dies mehr als ein einfacher Alarmruf. Der Parteitag war sich über die Notwendigkeit eines unverzüglichen Eingreifens im klaren und dokumentierte dieses mit einem einstimmigen Beschluß:

Der Parteivorstand wird beauftragt, in seiner nächsten Sitzung einen kulturpolitischen Ausschuß zu konstituieren.

Daß seitens des Parteivorstandes nur eine Förderung zu erwarten ist, bewies Kurt Schumacher in seinem Schlußwort:

„In Wahrheit ist die Sozialdemokratie in der Vergangenheit die einzige Partei gewesen, die bereit war, für kulturelle Dinge materielle Opfer zu bringen (Zustimmung). Dazu ist die Sozialdemokratie auch heute noch bereit. Und sie wird in Zukunft noch stärker dazu geneigt sein.“

Kirchenfrage

„Die starken Spannungen, die in den früheren Jahrzehnten zwischen Sozialdemokratie und Kirche ohne Frage bestanden, kommen nicht auf das Schuldkonto der Sozialdemokratie, sondern auf das der Kirche, weil sie sich zum Vorspann der reaktionären Cliquen mißbrauchen ließ. Weiter müssen wir in den Vordergrund stellen, daß eine Verwirklichung der ethischen Grundsätze des Christentums in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht möglich ist. Wenn man also verlangt, daß die Menschheit nach den hohen ethischen Grundsätzen des Christentums leben soll, muß man auch die Verhältnisse so gestalten, daß man in ihnen leben kann. In ihnen leben kann man aber nur dann, wenn die auf Egoismus beruhende kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt und durch die sozialistische Wirtschaftsordnung ersetzt worden ist.“

Es war eindrucksvoll, daß dies gerade ein Sozialdemokrat der jüngeren Generation, Wilhelm Mölles aus Heiden-Oldendorf ausführte. — Klar und deutlich konnte ihm Berger vom Niederrhein ohne den geringsten Widerspruch des Parteitages eine Antwort geben:

„Es ist oft genug von maßgebender Parteistelle ausgesprochen worden, daß uns die Genossen, die aus dem Geiste der Bergpredigt zu uns kommen, ebenso willkommen sein sollen wie jene, die aus dem Geiste des Marxismus kommen.“

Die Opfer des Faschismus

Zu viele Sozialdemokraten sind Opfer des Faschismus gewesen, zu viele von diesen saßen als Delegierte auf dem Nürnberger Parteitag, als daß diese Opfer und ihre Angehörigen vergessen werden könnten. — Einstimmig wurden darum in voller Selbstverständlichkeit die Anträge des Bezirks Hannover und des Unterbezirks Göttingen angenommen:

Vorleiter der SPD sollen bei jeder Gelegenheit, besonders bei Formulierungen und Verhandlungen über Wiedergutmachungsgesetze, darauf hinwirken, daß Opfer des Nazismus, die durch ihre Inhaftierung nicht in der Lage waren, ihre Anwartschaften auf Leistungen aus der Sozialversicherung in voller Höhe aufrechtzuerhalten, bei der Bemessung von Renten, bei Erreichung der Altersgrenze oder im Falle der Invalidität, so eingestuft werden, daß die zur Auszahlung gelangenden Beträge die Höhe erreichen, die bei fortgeführter Beitragsleistung zu beanspruchen wäre.

Die Opfer des Faschismus, die in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern wegen ihrer tapferen, antinazistischen Einstellung furchtbare Leiden erdulden mußten, können versichert sein, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihre Opferbereitschaft und Standhaftigkeit stärkstens anerkennen wird.

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um den Opfern des Faschismus eine wirkliche Rehabilitierung und wirtschaftliche Hilfe zu gewährleisten. Die geplante Entziehung der bis jetzt gewährten zusätzlichen Nahrungsmittel wird abgelehnt. Sie ist in geeigneter Form unmöglich zu machen. Die gesundheitlich sehr geschädigten Opfer des Faschismus haben ein Recht, durch zusätzliche Nahrungsmittel unterstützt zu werden.

Frauen und Jugend

In Fürth hatte unmittelbar vor dem Parteitag eine sozialistische Frauenkonferenz stattgefunden. Ihre Teilnehmerinnen berichteten in begeisterten Worten von ihr. Der Parteitag konnte sich infolgedessen auf die kurze Berichterstattung der Frauensekretärin beim Parteivorstand, Herta Gotthelf, beschränken, die grundsätzlich ausführte:

„Das Schicksal Deutschlands hängt davon ab, daß es uns gelingt, die Millionen Frauen, die heute die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung ausmachen, zu politischem Denken zu erziehen und ihnen klarzumachen, daß die Zeit endgültig vorbei ist, wo die Frau in einer besonderen Nische sitzt und darauf wartet, daß andere ihr die Last und Verantwortung abnehmen.“

„Die sozialdemokratischen Frauen fühlen sich nicht als eine besondere Frauenbewegung, sondern als ein Teil der großen Sozialdemokratischen Partei. Wir betrachten es als unsere vornehmste Aufgabe, so zu arbeiten, daß wir Männer und Frauen politisch so erziehen, daß keine gesonderte Frauenbewegung innerhalb der Partei mehr notwendig ist.“

Gegen nur wenige Stimmen anerkannte der Parteitag die Bedeutung der Frauen in der Parteiorganisation durch Änderung des § 22 des Organisationsstatutes:

Nach dem Satz: „Sind im Bezirk mehr als 5000 weibliche Mitglieder vorhanden, so ist außerdem ein weibliches Mitglied zu wählen“, wird eingefügt:

„Bezirke, die die Zahl von 5000 weiblichen Mitgliedern nicht erreichen, können ebenfalls ein weibliches Mitglied in den Parteiausschuß wählen, wenn der Anteil der weiblichen Mitglieder den Reichsdurchschnitt erreicht oder überschreitet. Für die Feststellung dieses Anspruchs werden jeweils die Mitgliederzahlen am Schluß des letzten Geschäftsjahres zugrunde gelegt.“

Herta Gotthelf war es selbst, die vor einer kritiklosen Beauftragung von Frauen „um jeden Preis“ warnte:

„Ich möchte hier zugeben, daß wir nicht der Meinung sind, daß überall eine Frau drin sein muß, weil wir ja auch eine Frau brauchen, sondern eine Frau soll drin sein, weil sie geeignet ist und weil sie etwas leisten kann.“

Die zahlreichen weiblichen Anwesenden auf dem Parteitag bewiesen auf das Überzeugendste, wie stark die weibliche Mitgliedschaft bereits das Parteileben bereichert.

Die Jugend

Auch die jüngeren Mitglieder in der Partei, die in jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt sind, hatten arbeitsreiche Tagungen hinter sich. So brauchte sich der Parteitag nicht in einem gesonderten Referat mit den Fragen der Jungen zu beschäftigen. Die Bedeutung der Jugend für Wirtschaft und Politik zwang jedoch bei fast jedem Referat, die Probleme der Jugend wenigstens zu streifen. Ganz unzweideutig stellte bereits Kurt Schumacher in seinem großen Referat fest:

„Wir brauchen die Jungen und Starken, um die Alten und vom Leben Geschlagenen und um die Kinder am Leben zu erhalten. (Beifall.) Wir können nicht mit Kindern und Greisen ohne Produktion aufbauen und ein ausreichendes Sozialprodukt schaffen und aus diesem Sozialprodukt noch die Reparationen zahlen.“

Die Beziehungen zwischen Partei und Jugend umriß der selbst aus der Arbeiterjugend kommende Erich Ollenhauer:

„Die einzig mögliche und dauerhafte Basis für eine Diskussion über das Problem zwischen Partei und Jugend wird sein, daß wir uns bemühen, die junge Generation von heute ernst zu nehmen, daß wir sie weder verachten und verurteilen, noch bemitleiden, sondern sie darum ernst nehmen, damit sie angesprochen wird in ihrer Eigenwelt, die in jedem jungen Menschen ruht. Durch eine sachlich klare und demagogische Beeinflussung müssen wir ihnen klar machen, daß wir als Sozialdemokratie in Wirklichkeit die Partei der Jugend sind. Wir wollen den jungen Menschen die Chance geben, in einer geordneten Wirtschaft ihre geistigen und kulturellen Fähigkeiten voll zu entfalten. Wir wollen ihnen in der Gesellschaft einen Platz geben, auf dem sie sich unter Entwicklung all ihrer Fähigkeiten entfalten können. Was der junge Mensch von heute und morgen in der Gesellschaft sein wird, hängt nicht nur davon ab, was ihm an Möglichkeiten zugeschoben wird oder was ihm an Fähigkeiten und Idealismus angedichtet wird, sondern das hängt von der eigenen persönlichen Leistung ab.“ (Zustimmung.)

Symbolisch schloß in der folgerichtigen Konsequenz zu Ollenhauers Ausführungen Kurt Schumacher sein Schlußwort mit der Jugendfrage:

„Die Jugend kommt natürlich nicht mit dem politischen Apparat, den etwa unsere Generation gehabt hat, in das aktive Partelleben hinein. Die Jugend ist hier zum zweiten Male besiegt. Aber geben wir ihr nicht das Gefühl, daß sie auch als Generation besiegt ist. (Beifall.) Denn nur, wenn die Jugend als Generation Sieger wird, wird auch die deutsche Sozialdemokratische Partei siegen können. (Starker Beifall.) Genossen! Beklagt das nicht nur, handelt auch danach! (Heiterkeit und erneuter

Beifall.) Sucht nach den jungen Menschen! Es gibt unter ihnen unzählige charakterlich und geistig potente Typen, die es wert sind, daß man nach ihnen sucht. Wir sind doch heute in der Sozialdemokratie unter einem allgemeinen Menschenmangel, und es heißt, die großen Verdienste der älteren und mittleren Generation nicht beschneiden, wenn man diesen beiden Generationen die Aufgabe im Dienste der sozialdemokratischen Idee auferlegt, die Jugend für die Ideen des Friedens, der Freiheit und des Sozialismus zu aktivieren.“ (Anhaltender starker Beifall.)

Wie notwendig diese Mahnung war, bewiesen nachstehende Klagen: „Es ist unser Gefühl, daß es zwar einen objektiven Mangel an Funktionären an sich gibt, daß es aber auch schon wieder zahlreiche Fälle gibt, in denen dieser Mangel dadurch künstlich verschärft wird, daß in einzelnen Fällen Genossinnen und Genossen, die bereits viele Funktionen haben, nicht bereit sind, jungen Menschen aus ihrem Erfahrungskreis Aufgaben anzuvertrauen.“ (Sehr richtig!) (Erich Ollenhauer)

„Ich muß darauf aufmerksam machen, daß eine ganze Reihe alter und ältester Genossen mit dem Gewicht ihrer Autorität manchmal junge aufkommende Kräfte erdrücken und einfach nicht zum Zuge kommen lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist einmal gesagt worden: Eure Verdienste in allen Ehren, aber wenn es um das Leben der Partei geht, habt ihr auch einmal abzutreten, ob Euch das paßt oder nicht.“ (Zustimmung.) (Heinrich Schroth, Solingen)

Der junge Heinz Mehnert aus Hannover machte sich zum Sprecher der parteigenössischen Jugend mit folgender Bitte:

„Stellt die Jugend nicht als Assistenten an, sondern stellt die junge Generation mitten in die Verantwortung hinein.“

Kriegsgefangene und Kriegsbeschädigte

Keine deutsche Partei hat soviel für die Entlassung und für die Verbesserung der Lage der Kriegsgefangenen getan, wie die Sozialdemokratische Partei. Ganz bewußt hat es der Parteitag unterlassen, demagogische Klageklagen ohne jeden Nutzen für die Betroffenen anzustellen. Er beschränkte sich auf die demonstrative einstimmige Annahme eines Antrages des Ortsvereins Dortmund-Eichlinghofen:

Der Parteivorstand wird beauftragt, alles zu tun, um die sofortige Entlassung aller Kriegsgefangenen, Zivilinternierten und Verschleppten zu veranlassen. Eine Gesundung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ist ohne Lösung der Kriegsgefangenenfrage undenkbar.

Kurt Schumacher, selbst als Schwerkriegsbeschädigter aus der Organisation der Kriegssopfer kommend, war wie kein anderer berufen, für die Kriegsbeschädigten zu sprechen:

„Innerhalb der vom Versinken bedrohten Schichten des Volkes müssen wir Sozialdemokraten jetzt unseren Blick auf eine Schicht lenken, von der viel zu lange geschwiegen worden ist: die Riesenarmee der deutschen Kriegsbeschädigten. Es ist schon so weit, daß man nicht genug Material für die Beschaffung von Ersatzgliedern für amputierte Kriegsbeschädigte hat. Genossen und Genossinnen, mit diesem Vergehen gegen die Menschlichkeit können wir uns nicht belasten. Wir müssen immer an der Seite der Kreise kämpfen, die im großen Lebenskampf die elendsten und schwächsten sind. (Beifall.) Denn die deutschen Kriegsbeschädigten sind im Produktionsprozeß nützlich und wertvoll. Sie werden von uns nicht zur Seite geworfen. Sie werden von uns aufgefordert, produktive Arbeit zu leisten. Und sie können sie leisten.“

Sorgen um die Ausgewiesenen

„Es kommt wirtschaftlich und politisch sehr viel, ja entscheidend darauf an, die jämmerlichen Verhältnisse der Vertriebenen und Ausgebombten zu verbessern.“

Andernfalls steckt hier die Gefahr einer Politik des fünften Standes (sehr wahr!). Ein fünfter Stand würde sich wie ein Bleigewicht an den Kampf des vierten Standes hängen und würde ein System der deutschen Schmutzkonkurrenz wider den Willen der deutschen Arbeiter auf dem europäischen Arbeitsmarkt mit sich bringen."

„Wir Ausgewiesene verlangen nicht besondere Privilegien. Aber wir glauben, daß die besonders prekäre Lage der Flüchtlinge auch besondere Maßnahmen erforderlich macht."

Aus dem Geiste vorstehender Erklärungen nahm der Parteitag einstimmig folgende EntschlieÙung an:

EntschlieÙung zur Vertriebenenfrage

Im Einklang mit den humanitären Traditionen und in der Erkenntnis, daß die Frage der Vertriebenen in Deutschland eine entscheidende deutsche Schicksalsfrage ist, hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Sache der Vertriebenen zu ihrer eigenen gemacht.

Die Frage der Vertriebenen ist das vordringlichste deutsche Notstandsproblem. Das Beginnen um seine Lösung ist deshalb ein entscheidender Ausgangspunkt für die Lösung der deutschen Nachkriegs-probleme. Hier ist der Lastenausgleich und damit die Frage einer grundsätzlichen und gerechten Neuverteilung des aus dem Krieg übrig gebliebenen Besitzes zugrunde zu legen. Das ist nur möglich auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus.

Die Vertriebenen sind keine Objekte allgemeiner Fürsorge, sie sind vielmehr Subjekte im Aufbau der notwendigen Neuordnung der Gesellschaftsverhältnisse in Deutschland. Die Vertriebenen müssen als unbedingt gleichberechtigte Glieder in die neu zu errichtende deutsche Gemeinschaft auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Erwerbs- und Wirtschaftslebens bei gerechter Hinzuziehung und Befastigung aller Beteiligten planvoll eingegliedert werden.

Als Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Grundsätze ist deren gesetzliche Festlegung für alle deutschen Länder und die Errichtung eines zentralen Flüchtlingsamtes erforderlich.

Ferner ist innerhalb der Parteiorganisation notwendig die ehrliche und überzeugte Mitarbeit aller Genossen, insbesondere der Funktionäre und der Genossen in öffentlichen Ämtern, bei maßgebender Einschaltung der bewährten und befähigten Genossen aus den Kreisen der Flüchtlinge.

Der Parteivorstand wird beauftragt:

1. einen Ausschuß mit der Vorbereitung für die gesetzliche Festlegung der Grundsätze für die Lösung des Flüchtlingsproblems alsbald zu berufen;
2. die notwendigen Schritte für die baldige Schaffung eines zentralen Flüchtlingsamtes zu unternehmen.

Die Bezirke werden beauftragt, unverzüglich bis auf weiteres hauptamtliche Referenten zur Bearbeitung von Flüchtlingsfragen einzusetzen, welche ihre Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsamt beim Parteivorstand durchzuführen haben.

Die Vertriebenen sind zusammen mit den unzähligen Opfern des Krieges, den Ausgebombten, Kriegsverwundeten, Witwen und Waisen und den Opfern des Faschismus, eine neue Klasse der Besitzlosen, sind die lebendigen Zeugen der vorbrecherischen Politik des Dritten Reiches und des Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ruft die Vertriebenen auf, gemeinsam mit der Sozialdemokratie mitzuwirken am Aufbau eines neuen, demokratischen und sozialistischen Deutschlands, welches allein auch den Vertriebenen eine neue Existenz, persönliche Sicherheit und Freiheit zu geben vermag.

Einfach und schlicht und doch zu Herzen gehend dankte im Namen der der Sozialdemokratie nahestehenden Ausgewiesenen der Genosse Ernst Herder aus Regensburg dem Parteivorstand und der ganzen Partei:

„Ich möchte dem Genossen Schumacher im Namen aller Ausgewiesenen für die Haltung zur Grenzfrage im Osten Deutschlands danken. Von dieser seiner Haltung und der der Partei im ganzen sind die Flüchtlinge unmittelbar am meisten berührt worden."

Eine recht erhebliche Anzahl Ausgewiesener befand sich unter den Delegierten. Die aufrechte Haltung der überwiegenden Mehrzahl der parteigenössischen Ausgewiesenen wurde mit dem lebhaften Beifall anerkannt, der Kurt Schumachers abschließende Bemerkungen unterstrich:

„Unsere parteigenössischen Ausgewiesenen haben ein sozialdemokratisches Leben schon in anderen Gebieten gehabt. Sie haben es nicht nötig, sich wieder erneut von der Pike auf zu bewähren. Sie sind schon bewährt!" (lebhafter Beifall.)

Der politische Weg der SPD

Auf Vorschlag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses nahm der Parteitag einstimmig nachstehende EntschlieÙung an:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zum demokratischen, die Freiheit der Persönlichkeit bejahenden Sozialismus, als der Gesellschaftsform des neuen Europa.

Das Dritte Reich hat Europa überfallen und geplündert und schließlich Deutschland in den Abgrund gestoßen. Die Verelendung Deutschlands läßt jetzt Europa verarmen und ist ein Hindernis für die wirtschaftliche Gesundung der Welt.

Die ständig wachsenden Mangel- und Hungerkrisen einer zerbröckelnden Wirtschaft führen in Deutschland zur Zerstörung und Auslöschung der menschlichen Arbeitskraft. Wenn die Arbeit nicht mehr imstande ist, das Leben zu erhalten, verliert sie ihren Sinn. Produktionsmittel dürfen nicht zerstört, sondern müssen erhalten und neu geschaffen werden.

Der Erfolg der großangelegten Hilfsaktion der USA für das zerrissene Europa ist in der Auswirkung von dem Tempo und der Intensität der Hilfe abhängig. Noch vor dem nächsten Winter muß auch das deutsche Volk den Glauben an eine Politik der Hilfeleistung und der Vernunft gewinnen können.

Eine erstarkende und vom Vertrauen der breitesten Schichten getragene Wirtschaft wird die Anziehung ausüben, die über Zonengrenzen hinweg die ökonomische und politische Einheit Deutschlands zu bilden geeignet ist. Enttäuschungen dagegen erzeugen Glaubenslosigkeit und damit die politische Reservearmee, die aus Verzweiflung, Aussichtslosigkeit und Unwissen sich für Abenteuer mißbrauchen läßt.

Die SPD sieht ihre Aufgabe darin, den Weg frei zu machen für die Konzentrierung der Kräfte auf die Belebung und Stärkung einer geplanten Produktion;

für Überwindung der unerträglichen Unterschiede in der Lebenshaltung durch die Angleichung der Lebensbedingungen;

für eine Politik der sozialen Hilfeleistung an die Benachteiligten und Bedürftigen;

für den gerechten Lastenausgleich, der die Bürden nach der Kraft der Schultern verteilt;

für den Sozialismus als Träger der Demokratie und des Friedens und die Entmachtung der großkapitalistischen Cliquen.

Die soziale Gerechtigkeit muß das tragende Prinzip des Aufbaus eines neuen Deutschland in einem neuen Europa sein.

1947

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Der Parteivorstand, Hannover, Odeonstr. 15/16. — Presse und Propaganda. — Verantwortlich: Fr. Helms. — Zusammenstellung und Bearbeitung: Alfred Flatau, Bergisch-Gladbach

Vorlag und Druck: Auerdruck GmbH., Hamburg 1, Pressehaus.